

## **Die griechisch-türkischen Beziehungen im Rahmen der Großen Politik 1909 — 1914**

Von WERNER ZÜRRER (Bonn)

Der Gegensatz zwischen Griechen und Türken stellt eines der seltenen Beispiele wirklicher Erbfeindschaft dar, die über Jahrhunderte hinweg kaum an emotionaler Intensität und politischer Brisanz eingebüßt hat. Sie gründet in der Tatsache, daß die Osmanen 1453 dem Griechisch-Byzantinischen Reich den Todesstoß versetzten und die überwiegende Mehrheit der Hellenen einer jahrhundertelangen Fremdherrschaft unterwarfen. Mochten die Venezianer die griechische Kultur und Eigenart auch stärker unterdrücken als der Sultan, so richteten sich doch die nationalen Energien der Griechen in der Folge gegen einen einzigen Feind, stießen sich die Träume von neuer historischer Größe an einem übermächtigen Hindernis, dem Osmanischen Reich.

Die Griechische Frage war somit im Vielvölkerstaat der Türken angelegt, sie verdankt ihre Entstehung und ihr Fortleben bis in unsere Tage jedoch hauptsächlich Europa. Zum einen erwies sich der moderne griechische Nationalismus, wenn auch aus verschiedenen Quellen gespeist, als wesentlich von der europäischen Aufklärung beeinflusst, zum andern hätte der griechische Aufstand 1821 nicht überlebt, wenn nicht die führenden Großmächte durch ihr Einschreiten (Navarino) das militärische Scheitern der Aufständischen in einen politischen Sieg verwandelt hätten. Vor allem aber legte die Gründung des Königreichs Griechenland den Grundstein für ein Jahrhundert des Kampfes um die Vereinigung der noch unter osmanischer Herrschaft stehenden Griechen in einem Staat, eine Entwicklung, die bereits 1830 absehbar war.

Die Jahre 1909 bis 1914 bilden in diesem Rahmen einen wichtigen Abschnitt. An ihrem Beginn steht in beiden betroffenen Ländern eine innenpolitische Wende, die jungtürkische Revolution und der Staatsstreich der griechischen Militärliga<sup>1)</sup>, durch die Sultan und König ihren bestimmenden Einfluß auf die Politik verloren und die Macht in die Hände von Offizieren und Volksführern überging. Die damit

---

<sup>1)</sup> Zum Militärputsch von Goudi vgl. Victor Papacosma, *The Military in Greek Politics. The 1909 Coup d'Etat*. Kent (Ohio) 1977. Eine gute Darstellung der jungtürkischen Revolution liefert V. I. Špil'kova, *Mladotureckaja revoljucija 1908—1909 gg.* Moskau 1977; vgl. auch Feroz Ahmad, *The Young Turks. The Committee of Union and Progress in Turkish Politics 1908—1914*. Oxford 1969.

verbundene Demokratisierung bewirkte eine Verschärfung der nationalen Gegensätze, an denen die „große Politik“ nicht unschuldig war, denn die Annexion Bosniens durch Österreich-Ungarn trug wesentlich dazu bei, daß die Jungtürken sich fortan weniger als innere Reformer denn als Verteidiger der Integrität des Reichs zu profilieren suchten. Dies wiederum bewog das griechische Offizierskorps, durch direkte Einflußnahme auf die Regierung das Königreich auf eine militärische Auseinandersetzung mit der Türkei vorzubereiten.

### 1. Der türkische Wirtschaftsboykott gegen die Griechen

Trotz der eindeutig aggressiven Zielsetzung der Militärliga reagierte die Pforte auf die Ereignisse von Goudi gelassen, da sie, wie der deutsche Vertreter in Athen berichtete, der Meinung war, „daß eine militärische Reformbewegung, die Hauptleute mit Gemeinen paktieren läßt, um gemeinsam zu meutern, vor der Hand nicht geeignet sein kann, einem möglichen äußeren Feind allzuviel Besorgnis einzuflößen. Dazu kommt, daß... türkischerseits befürchtet wird, die Aussicht auf innere Auflösung des Landes, Abdankung des Königs und die sich hieraus ergebende Schwächung Griechenlands zu vermindern, wenn von außen Druck oder Schadenfreude ersichtlich wird“<sup>2)</sup>. Überdies sprachen praktische Erwägungen für eine vorsichtige Behandlung des griechischen Problems: War das Griechentum nicht ein wertvoller Faktor bei der wirtschaftlichen Erschließung der Türkei und konnte es nicht ein nützliches Gegengewicht gegen Bulgarien bilden, hinter dem das Zarenreich stand und dessen Herrscher sich eben in geheimem Einverständnis mit Wien den Königstitel angemahnt hatte, dabei die letzten theoretischen Bindungen an den Sultan abstreifend?

Der türkische Gesandte in Rom, *Hakki Bey*, gehörte zu denjenigen, die den Nutzen einer griechenfreundlichen Politik erkannten; er schrieb deshalb dem italienischen Außenminister, möglicherweise mit dem Gedanken an eine Vermittlungsaktion: „Nous serions disposés... à donner à notre amitié une forme plus concrète, si la Grèce cessait ses bravades enfantines et ses visées sur une île qui nous appartient [d. h. Kreta] et que nous ne sommes pas disposés à lui céder sans guerre ...“<sup>3)</sup> Doch in Istanbul gewann zusehends das chauvinistische Element die Oberhand, das — angeführt von den Geschäfts- und Handelskreisen im Comité Union et Progrès (CUP), die in wirtschaftlicher Konkurrenz mit den Hellenen standen, und den moslemischen Kretern, die in Westanatolien Zuflucht gesucht hatten, seit ihre christlichen Landsleute auf der Heimatinsel den Ton angaben — die verführerische Gelegenheit der inneren Schwäche des Nachbarlandes benutzen wollte, um der eigenen Bevölkerung und der Welt zu zeigen, daß die Türken

<sup>2)</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (zitiert: AA) Türkei 168, Band 7, 15.09.09 *Riepenhausen*.

<sup>3)</sup> Ebenda, 16.1.10 *Wangenheim*. Zur Kreta-Problematik siehe W. Zürner, Das Kreta-Problem 1908—1912. Über die Unfähigkeit zur diplomatischen Konfliktlösung vor dem Ersten Weltkrieg. In: *Südost-Forschungen* 38 (1979), S. 40—87.

durchaus in der Lage seien, ihre Interessen zu verteidigen, wenn nötig mit militärischer Gewalt.

Der Verhärtung auf türkischer Seite entsprach eine Radikalisierung der Athener Politik, die in der Ernennung von *Dimitrios Kallergis* zum Außenminister zum Ausdruck kam und im Kauf des Panzerkreuzers *Averoff* in Italien sowie im Engagement einer französischen Militärmission gipfelte<sup>4</sup>). Zuvor hatte das CUP unter dem Deckmantel der Vereinigung der Hafendarbeiter einen Boykott des griechischen Handels und der Schifffahrt organisiert und die hellenischen Kaufleute in der Provinz Aydin mit Zentrum Smyrna gezwungen, ihre Läden zu schließen<sup>5</sup>). Zwar sorgte die Regierung dafür, daß im Zuge dieser Aktionen keine größeren Übergriffe vorkamen, aber sie konnte oder wollte nichts tun, um den Boykott zu unterbinden; sie verschärfte die Lage vielmehr, indem sie 25 griechische Staatsbürger aus der Hauptstadt auswies, ohne sich zuvor mit dem Konsulat des Königreichs in Verbindung gesetzt zu haben, wozu sie völkerrechtlich durch die Kapitulationen verpflichtet gewesen wäre.

Für den Außenhandel und das Wirtschaftsleben Griechenlands stellte der türkische Boykott eine schwere Bedrohung dar<sup>6</sup>); aber auch die Wirtschaftsinteressen Europas, vor allem diejenigen der alteingesessenen englischen Firmen in Smyrna (Teppich- und Süßholzhandel), litten darunter. So war es verständlich, daß London eine Demarche der sechs Großmächte in Konstantinopel anregte, um den Boykott-Komitees das Handwerk zu legen, zumal befürchtet werden mußte, daß die Waffe dereinst gegen die eigenen Staatsbürger gerichtet werden würde, wenn man den Türken erlaubte, sie erfolgreich im Kampf gegen die Griechen einzuset-

---

<sup>4</sup>) Laut *Wangenheim* hatten die griechischen Befürworter einer französischen Militärmission, als deren Chef General *Eydoux* ausgewählt wurde, mit dem Argument operiert, daß die griechische Armee im offensiven Geist erzogen werden müsse; ein solcher sei in Deutschland, das den territorialen Status quo verteidigen wolle, weniger zu finden als in Frankreich, das Elsaß-Lothringen zurückzugewinnen trachte (AA Griechenland 47, Band 16, 9.2.11 *Wangenheim*).

<sup>5</sup>) Daß die Boykottbewegung keiner spontanen Erregung entsprang, sondern von oben organisiert war, wird von allen Beobachtern bestätigt. Das CUP-Organ *Tanin* sprach offen von einem Wirtschaftskrieg, dessen Ziel die Zerstörung des griechischen Handels im Osmanenreich sei, damit sich die Türken die Vorherrschaft auf ökonomischem Gebiet erkämpfen könnten. Dabei wurde die flagrante Verletzung internationaler Verträge ebenso in Kauf genommen wie die Schädigung lokaler türkischer Interessen. So wurden z. B. Türken arbeitslos, die in griechischen Handelshäusern beschäftigt waren, und die Flotte mußte kurzfristig auf Brennstoff verzichten, da die Kohlenräger zumeist Griechen aus Kephallonia waren (Public Record Office, London, Foreign Office 371, Band 911 [zitiert: FO], 21., 23. und 28.6.10 *Lowther an Grey*); vgl. auch Dok. Nr. 1.

<sup>6</sup>) Neben den griechischen Reedereien, deren Verluste auf 6 Mill. F beziffert wurden, hatte vor allem die Maschinenindustrie, die seit Beginn des Jahrhunderts in Piräus angesiedelt war und ihre Produkte (kleine Turbinen, Dampfkessel, Schiffspumpen, Waagen, Tresore usw.) vorwiegend im Osmanischen Reich absetzte, unter dem Boykott zu leiden. Auch der Export alkoholischer Getränke im Wert von 1 Mill. F (1908), Zement (0,- Mill. F), Drillichstoffen und Garnen kam zum Erliegen (AA, Türkei 168, Band 7, 7.9.10 *Krause*); vgl. auch Dok. Nr. 2.

zen. Doch als sich Berlin und Wien weigerten, den Schritt mitzutun<sup>7)</sup>, zog Außenminister Sir *Edward Grey* seinen Vorschlag zurück; ihn ohne die beiden Mittelmächte zu verwirklichen, hätte England die Sympathien der Jungtürken gekostet, und darauf wollte er sich im Gegensatz zu Paris und Rom nicht einlassen<sup>8)</sup>.

Die griechische Regierung konnte allein nichts ausrichten. Sie benötigte Zeit, um die Militärreform voranzutreiben, und hoffte, daß „the more rope they give the Turks, the more likely the latter will be to hang themselves“<sup>9)</sup>. An einen friedlichen Ausgleich mit der Pforte schien sie nicht zu glauben, aber sie wollte den Zeitpunkt des unvermeidlichen Waffengangs selbst bestimmen und sich nicht durch den Gegner zu einem aussichtslosen Abenteuer provozieren lassen. *Kallergis* beschränkte sich daher auf einen „Krieg der Noten“, der ihm offensichtlich Vergnügen bereitere, bis er bemerkte, daß der türkische Gesandte *Naby Bey* nicht der richtige Partner war<sup>10)</sup>; der Konflikt zwischen der Pforte und dem Ökumenischen Patriarchat wurde nicht aufgebauscht, und in Mazedonien, dem Gradmesser für die Spannung im türkisch-griechischen Verhältnis, blieben die Griechen ruhig<sup>11)</sup>. Erst Anfang September 1910 präsentierte Athen, offenbar ohne Wissen des Königs, eine erste Rechnung für den CUP-Boykott und verlangte von Istanbul Schadenersatz in Höhe von 20 Millionen Franken. Daß die Türken diese Forderung erfüllen würden, erwartete *Kallergis* nicht, er zeigte sich jedoch höchst überrascht, als sein türkischer Kollege *Rifât Paşa* die bloße Annahme der griechischen Note verweigerte<sup>12)</sup>.

Gefährlicher als dieser diplomatische Affront erschien den Griechen die Maschierung von 50 osmanischen Bataillonen an der Nordgrenze des Königreichs, wußte man doch, daß der Gedanke eines Präventivkriegs unter den Jungtürken zahl-

---

<sup>7)</sup> Der deutsche Geschäftsträger in Konstantinopel stellte sich auf den Standpunkt, daß die Interessen des Reichs durch den Boykott mit einer Ausnahme (Jaffa) nicht berührt würden, weshalb ein Protest unangebracht sei: „Da die türkische Empfindlichkeit durch den Schritt der sechs Mächte jedenfalls verletzt werden würde, so könnte er sich nur durch die Befürchtung rechtfertigen lassen, daß Griechenland bei andauerndem Boykott zu den Waffen greifen werde. Eine solche Gefahr scheint mir nicht vorzuliegen.“ (AA, a.a.O., 19.7.10 *Miquel*) Der österreichisch-ungarische Außenminister *Alois Lexa Graf von Aehrenthal* betrachtete den britischen Vorschlag als Versuch *Greys*, die Mittelmächte in die Kreta-Angelegenheit zu verwickeln, was Wien entschieden ablehnte (FO 912, 21.7.10 *Cartwright*).

<sup>8)</sup> FO 912, 6.8.10 *Grey* an *Mallet*.

<sup>9)</sup> FO 911, 3.7.10 *Young*.

<sup>10)</sup> Nach einem undiplomatisch scharfen Interview, das *Naby Bey* dem Tanin gewährt hatte, erklärte *Kallergis*, er könne mit ihm nicht mehr vertraulich verkehren, „as the latter wished always to be so agreeable and to arrange everything so amicably that he never properly interpreted the messages he was charged to deliver to the Greek Government. He invented conversations and representations in his reports to the Turkish Government which had no foundation in fact.“ Daher könne er, *Kallergis*, die Lage nie richtig abschätzen „and was constantly finding matters taking an unexpected turn“ (FO 912, 3.8.10 *Young*).

<sup>11)</sup> Vgl. die entsprechenden Dokumente in F. R. Bridge, *Austro-Hungarian Documents relating to the Macedonian struggle, 1896—1912*. Thessaloniki 1976.

<sup>12)</sup> AA, a.a.O., 5.9.10 AA-Notiz; 17.9.10 *Krause*.

reiche Anhänger besaß. Die Pforte redete sich darauf hinaus, daß es sich nicht um einen Aufmarsch gegen Griechenland, sondern um den Abzug von Truppen aus Albanien handle, die zum Teil in den süd-mazedonischen Festungsstädten, vor allem in Janina, garnisoniert würden. Sie warf den Griechen im übrigen vor, die gemeinsame Grenze im nördlichen Thessalien durch Erdwälle befestigt zu haben, was Athen mit der Notwendigkeit begründete, diejenigen Gebiete schützen zu müssen, die durch die Grenzrektifikation von 1897 zugunsten der Türkei entblößt worden seien. Eine Intervention Europas scheiterte einmal mehr an der Abneigung Greys, ohne Berlin und Wien vorzugehen<sup>13</sup>).

Die Ernennung des kretischen Advokaten *Eleftherios Venizelos* zum Premierminister Griechenlands im Oktober 1910 drohte das prekäre Gleichgewicht vollends zu zerstören. In einem Leitartikel des CUP-Organs *Tanin* warnte der jung-türkische Journalist *Hüseyn Cahit* den Sieger der griechischen Wahlen, daß sein Amtsantritt jede Aussicht auf eine Annäherung der beiden Nachbarmächte zu nichte machen und zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen müßte. Tatsächlich beschloß die Pforte, nachdem sich König *Georg* nicht hatte einschüchtern lassen, den auf Heimaturlaub in Istanbul weilenden *Naby Bey* nicht nach Athen zurückzuschicken. Eine schärfere Reaktion unterblieb wohl auch deshalb, weil *Venizelos* den besonnenen Diplomaten *Ioannis Gryparis*, der sein Land zwei Jahre lang in Konstantinopel vertreten hatte, zum Außenminister ernannte. Zuvor war sein Versuch mißlungen, *Alexander Koromilas*, der 1904–1906 als Generalkonsul in Thessaloniki gewirkt hatte und von den Türken als *persona non grata* ausgewiesen worden war, kommissarisch mit der Verwaltung des Außenministeriums zu betrauen, bis *Kallergis* geneigt sein würde, das Amt wieder zu übernehmen<sup>14</sup>).

*Gryparis* erklärte sogleich, die neue Regierung sei entschlossen, aus Griechenland ein Zentrum des Friedens im Nahen Osten zu machen und die bestehenden Differenzen mit der Türkei schrittweise abzubauen. Die Pforte schien, wie der Höflichkeitsbesuch des Kriegs- und des Innenministers beim Ökumenischen Patriarchen und die Bemühungen um eine Beendigung des Handelsboykotts andeuteten, darauf eingehen zu wollen. Offenbar hatte das Scheitern der türkischen Anleiheverhandlungen in Frankreich und die bulgarisch-griechische Annäherung in Mazedonien<sup>15</sup>) einen Sinneswandel bewirkt. Daß dieser von grundsätzlicher Bedeutung sein könne und nicht nur taktischen Erwägungen entspringe, glaubte

<sup>13</sup>) FO 912, 15.9.10 *Lowther*; 21.9.10 *Elliot*.

<sup>14</sup>) FO 913, 14. und 19.10.10 *Lowther*; 16. und 20.10.10 *Elliot*. Der britische Botschafter schrieb über den neuen Außenminister Griechenlands: „Gryparis during the exceedingly trying circumstances of the last two years has managed, by his unflinching tact, calmness, and conciliatory manner, to maintain friendly relations with, and even win the sympathies of all classes here, and it is hoped that as Minister of Foreign Affairs he will succeed in diminishing the irritation existing between the two countries.“ (FO 913, 2.11.10 *Lowther*.)

<sup>15</sup>) Vgl. Österreich-Ungarns Außenpolitik von 1908 bis 1914 (zitiert: ÖUAP), Band 3, Nr. 2254 und 2318.

*Gryparis* allerdings nicht. Selbst wenn die türkische Regierung es ernst gemeint hätte, wäre sie wohl gegenüber dem CUP und der von ihm aufgeputschten Öffentlichkeit machtlos gewesen.

Im Februar 1911 verhinderte *Venizelos* durch sein entschlossenes Eingreifen eine gefährliche Ausweitung der üblichen Grenzstreitigkeiten in Mazedonien<sup>16)</sup>. Anstatt ihn dafür zu belohnen, ließ die Türkei eine Ausweitung der Boykottbewegung zu<sup>17)</sup>, bestritt kategorisch jede Beteiligung der Behörden und lehnte daher auch die Verantwortung für die Verletzung der griechisch-türkischen Schifffahrts- und Handelsverträge von 1897/1903 ab. Daraufhin bat Athen die Großmächte, in Konstantinopel auf eine Beendigung der antigriechischen Maßnahmen zu drängen. Das Europäische Konzert rührte sie jedoch nicht, denn, wie der deutsche Unterstaatssekretär *Arthur Zimmermann* dem Gesandten *Nikolaos Theotokis* erklärte: „Die Zeiten, in denen Kollektiv-Demarchen der Mächte bei der Pforte üblich gewesen wären, seien vorüber. Die gegenwärtige türkische Regierung werde durch eine derartige Maßnahme zweifellos stark verstimmt werden und ihr schon mit Rücksicht auf die empfindliche öffentliche Meinung keine Folge geben können. Der griechischerseits gewünschte Erfolg erscheine daher von vornherein ausgeschlossen.“ Deutschland werde jedoch bei Gelegenheit der Pforte zu erken-

---

<sup>16)</sup> *Wangenheim*, der dem griechischen Premier allgemein kritisch gegenüberstand, schrieb in diesem Zusammenhang: „Schießereien an den Grenzen gehören bekanntlich zu den Requisiten des freundnachbarlichen Verkehrs zwischen der Türkei und den Balkanländern. Unzählige Schüsse sind im Laufe der letzten Jahre an den Grenzen gewechselt worden. Öfters haben richtige Gefechte stattgefunden, bei denen ganze Kompanien, ja selbst Geschütze in Aktion getreten sind, ohne daß darunter die Beziehungen zwischen den Regierungen ernstlich gelitten hätten. Hier war die öffentliche Meinung bereits dermaßen an die Grenzscharmützel gewöhnt, daß es auffiel, wenn einmal längere Zeit Ruhe herrschte. Das hiesige Bedürfnis nach sensationellen Nachrichten von der Grenze mußte die Agence d’Athènes befriedigen, indem sie mindestens einmal im Monat ein Telegramm folgenden Inhalts veröffentlichte: ‚Bei - es folgt der Name eines beliebigen Grenzortes - hat ein Zusammenstoß zwischen griechischen und türkischen Grenzwächtern stattgefunden. Dabei sind zwei Türken getötet und drei Griechen verwundet worden.‘ Demgemäß wurden die Depeschen über die jüngsten Zusammenstöße an der Nordgrenze von dem Athener beinahe mit einer gewissen Befriedigung gelesen. Die behagliche Stimmung schlug aber in das Gegenteil um, als die Kämpfe sich wiederholten und immer blutiger verliefen, und als bekannt wurde, daß türkische Truppen zur Verstärkung der Grenzwachen bereits unterwegs seien. Die Zeitungen fingen an zu hetzen und verbreiteten, daß ein türkischer Einfall in Thessalien stündlich zu erwarten sei. Der Entschluß des Divisionärs in Larissa, mit den ihm unterstellten Truppen nach der Nordgrenze abzumarschieren, wurde daher hier von vielen Griechen gebilligt. Es ist nun zweifellos ein Verdienst *Venizelos*’, den Vormarsch von Larissa verhindert und damit einer diplomatischen Aussprache über die Zwischenfälle mit der Türkei die Wege geebnet zu haben. Auch bei den diplomatischen Verhandlungen, die von Griechenland angebahnt wurden, hat sich *Venizelos* bescheiden und taktvoll benommen . . .“ (AA Türkei 168, Band 7, 13.3.11 *Wangenheim*.)

<sup>17)</sup> Betroffen davon war vor allem das Vilayet Aydin, wo *Rahmi Bey* Anfang 1911 Generalgouverneur geworden war; er stellte sich auf den Standpunkt, daß sich im Griechenboykott der Wille der Nation äußere, gegen den nichts unternommen werden dürfe (AA, a.a.O., 18.4.11 *Humbert*).

nen geben, daß es ihre Griechenpolitik mißbillige und eine Beendigung des Boykotts wünsche<sup>18)</sup>.

Tatsächlich verlor die antigriechische Bewegung im Frühjahr 1911 an einigen Orten, so in Konstantinopel, an Schwung bzw. wurde völlig eingestellt; im stark griechisch besiedelten Vilayet Aydin nahm sie dagegen immer schärfere Züge an. Die Übergriffe moslemischer Banden häuften sich, Olivenhaine wurden niedergebrannt und Rebstöcke ausgerissen, griechische Zeitungsstände geplündert und ihre Besitzer zusammengeschlagen. Die Behörden erklärten, die von Thessaloniki aus dirigierte Aktionen nicht unterbinden und den Christen keinen Schutz bieten zu können; untergeordnete Stellen beteiligten sich sogar an den Zwangsmaßnahmen! Von türkischer Seite wurde dies u. a. damit begründet, daß der Dragoman des griechischen Generalkonsulats in Smyrna, der im vergangenen Jahr bei einem Zusammenstoß mit Boykotteuren von der Schußwaffe Gebrauch gemacht habe, zum Vizekonsul ernannt worden sei<sup>19)</sup>. In Wahrheit benötigte jedoch das CUP keinen Vorwand, um die Volksleidenschaften gegen die Hellenen zu entfesseln.

## 2. Türkisch-griechische Beziehungen im Tripolis- und 1. Balkankrieg

Die Zuspitzung der Krise um Tripolis, die die Kriegsgefahr im Nahen Osten erhöhte, wurde in Athen nach Auskunft des deutschen Geschäftsträgers mit Aufmerksamkeit, aber ohne Enthusiasmus verfolgt: „Die Zahl derer, welche im Falle eines Krieges zwischen der Türkei und Italien die Proklamierung der Vereinigung Griechenlands mit Kreta und die Annexion von Epirus verlangen, ist gering. Es überwiegt die Anschauung, daß ein solches Vorgehen eine Katastrophe für Griechenland zur Folge haben würde, da die Türkei, ohnmächtig, das ihr von Italien drohende Unheil abzuwehren, zweifelsohne ihre ganze Wut an Griechenland auslassen und mit der Eroberung und Einverleibung griechischen Gebiets den schweren Verlust von Tripolis einigermaßen auszugleichen suchen würde<sup>20)</sup>.“ Daß die hellenische Armee ihre Wachsamkeit an der Nordgrenze verstärkte, bedeutete angesichts der türkischen Mobilisierungsmaßnahmen in Mazedonien keine Abweichung von dieser vorsichtigen Politik.

---

<sup>18)</sup> AA Türkei 168, Band 7, 25.4.11 AA an Pera/Athen. In Wien herrschte über die Tatenlosigkeit der Großmächte angesichts der türkischen Übergriffe große Besorgnis, denn „wenn morgen etwa an irgendeiner Stelle des türkischen Reiches die Fremden niedergemacht und geplündert werden sollten“, so könnte die Pforte mit dem gleichen Argument wie im Falle der Griechen, d. h. daß es sich um eine Volksbewegung handle, auch dafür jegliche Verantwortung ablehnen. Dies führe zu völliger Negierung der Staatsgewalt und würde in der Folge jede vertragliche Verpflichtung der Türkei illusorisch machen (ebenda, 10.5.11 *Tschirschky*),

<sup>19)</sup> FO 1130, 13.4.11 *Elliot*; 4.5.11 *Lowther*; vgl. das im Anhang abgedruckte Dokument Nr. 3.

<sup>20)</sup> AA Türkei 168, Band 8, 28.9.11 *Bray*.

Mitte November 1911 stoppte das Zentralkomitee des CUP den antigriechischen Boykott in der Türkei mit dem Argument, daß Athen zugesichert habe, den Annexionswünschen der Kreter keinen Vorschub zu leisten sowie die Bildung und den Übertritt von Banden nach Mazedonien zu verhindern. Wenig später begannen Verhandlungen über den Austausch von Gesandten. Doch entbehrte das gegenseitige Verhältnis der beiden Nachbarstaaten der Herzlichkeit; zu unversöhnlich standen sich die Interessen der Jungtürken, die auf der ungeschmälernten Herrschaft über den europäischen Teil des Osmanenreichs beharrten, und der Griechen, die einen günstigen Augenblick zur Verwirklichung ihrer Großen Idee abwarteten, gegenüber. Außerdem erregten die Erfolge der italienischen Kriegführung und insbesondere die Besetzung der Inseln des Dodekanes die Phantasie des griechischen Volkes, während die türkische Sperrung der Dardanellen die Nahrungsmittelversorgung Griechenlands gefährdete. Dennoch zeigten beide Regierungen durch den Austausch von Gesandten — Ende Mai 1912 kehrte *Gryparis* nach Konstantinopel zurück, türkischer Gesandter in Athen wurde *Ahmed Mukhtar Bey* — ihre Bereitschaft an, zumindest korrekte Beziehungen zueinander zu unterhalten<sup>21</sup>).

Die griechische Öffentlichkeit war sich anfänglich einig, daß Italien die besetzten Inseln, deren 100 000 griechische Bewohner sich ihm als Befreier in die Arme geworfen hatten, nicht an die Türkei zurückgeben könne, sondern an Griechenland abtreten müsse. Als auf Veranlassung der Regierung durchsickerte, daß Rom sich zur Rückgabe verpflichtet habe, kündigten einige Zeitungen an, daß die Griechen sich bis zum letzten Blutstropfen dagegen wehren würden; andere trösteten ihre Leser mit dem Hinweis, daß es für die Zukunft der Nation immer noch besser wäre, wenn der Dodekanes bei der schwachen Türkei verbliebe, anstatt in den Besitz Italiens überzugehen<sup>22</sup>). *Venizelos* suchte eine Autonomielösung durchzusetzen, die den Griechen die Anwartschaft auf die Inseln garantiert hätte, ohne den territorialen Status quo umzustürzen. Daß die Verhältnisse in der Ägäis nicht so bleiben konnten, wie sie vor dem türkisch-italienischen Krieg gewesen waren, erschien ihm unausweichlich; deshalb auch die Ernennung von *Koromilas* zum Außenminister<sup>23</sup>).

Mit Recht gilt der griechische Ministerpräsident als einer der Architekten des Balkanbundes von 1912<sup>24</sup>), der die Bereinigung des mazedonischen Problems durch die direkt Betroffenen in die Wege leitete. Dies bedeutet jedoch nicht, daß er

---

<sup>21</sup>) Ebenda, 17.11.11 *Mutius*; 6. und 9.12.11 *Wangenheim*; FO 1381, 29.5.12 *Elliot*; zum Tripoliskrieg vgl. F. Malgeri, *La guerra libica* (1911—1912). Rom 1970.

<sup>22</sup>) AA, a.a.O., 18.5.12 *Wangenheim*.

<sup>23</sup>) Der französische Gesandte beschrieb *Koromilas* folgendermaßen: „A une affectation ridicule de hauteur et à une vanité de grenouille en train de se gonfler pour égaler le boeuf, M. Koromilas joint une partialité excessive en faveur de l'Italie.“ Offenbar sei er gewählt worden, weil er 1910 in einem Komitee mitgewirkt habe, das die Grundlagen einer griechisch-bulgarischen Entente ausgearbeitet habe (Archives du Ministère des Affaires Etrangères, Paris [zitiert: AMAE], Grèce NS 4, 16.5.12 *Deville*).

<sup>24</sup>) Vgl. dazu Demetrios I. Drossos, *La fondation de l'alliance balcanique. Etude d'histoire diplomatique*. Athen 1929.



unter allen Umständen einen Krieg gegen die Türkei anstrebte. Vielmehr hätte er, wie seine Behandlung der Kreta-Frage bewies<sup>25)</sup>, eine diplomatische Lösung vorgezogen, sofern eine solche einschließlich der unerläßlichen Zugeständnisse den Türken abgerungen werden konnte. Auf jeden Fall tat er nichts, um die nationalen Leidenschaften aufzuwühlen, und hielt — im Gegensatz zum Vorgehen der Jungtürken in der Boykottangelegenheit — sich strikt an völkerrechtliche Gepflogenheiten. Mit der Freibeuteraktion ungeduldiger kretischer Revolutionäre gegen die Insel Samos<sup>26)</sup> hatte er nichts zu tun; er unterließ es auch, ihr zum Erfolg zu verhelfen. Als die Balkanverbündeten im September 1912 ihren antitürkischen Kurs verschärften, trat er eher bremsend als antreibend hervor. Istanbul honorierte dieses Verhalten allerdings nicht, sondern demonstrierte durch das vertragswidrige Festhalten von über 50 griechischen Getreideschiffen nach der Mobilmachung der Balkanstaaten am 1. Oktober 1912, daß es *Venizelos'* Zurückhaltung als Schwäche betrachtete<sup>27)</sup>.

Die ausländischen Beobachter erwarteten allgemein, daß die Balkanstaaten mit ihrem Konfrontationskurs ein großes Risiko eingingen. Der deutsche Gesandte in Athen, *Albert von Quadt*, riet daher dem griechischen Kronprinzen, im Interesse der Dynastie jede Verwicklung mit der türkischen Armee in Mazedonien zu vermeiden, zumal die Streitkräfte und Verbindungswege Griechenlands für eine militärische Auseinandersetzung mit der Türkei noch nicht optimal vorbereitet seien<sup>28)</sup>. Der Verlauf des 1. Balkankrieges strafte die Prognosen der europäischen Diplomatie Lügen: Die bulgarischen Truppen eroberten nach sechs Tagen Krieg am 24. Oktober die Festung Kirkkilisse, zwei Tage später zogen die Serben in Üsküb/Skopje ein und besetzten zusammen mit den Montenegrinern den Sancak von Novibazar; Ende Oktober begann die Belagerung von Adrianopel und am 9. November ergab sich Thessaloniki den vorrückenden Griechen. Die Erfolge der Alliierten waren nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die griechische Flotte die nördliche Ägäis beherrschte und damit dem Feind die Heranschaffung von Verstärkungen aus Anatolien nahezu unmöglich machte.

Am 3. Dezember 1912 bat die Türkei die europäischen Großmächte, einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen mit den siegreichen Balkanstaaten herbeizuführen. Als einziger unter ihnen verweigerte Griechenland die Zustimmung zur Waffenruhe, da es seine militärischen Ziele in Epirus (Janina) und in der Ägäis (Samos) noch nicht erreicht hatte. Der Putsch der jungtürkischen Extremisten um *Enver Paşa* vom 23. Januar 1913 kam ihm gelegen, da er das Osmanische Reich in

<sup>25)</sup> Vgl. Zürrer, a.a.O., S. 72f.

<sup>26)</sup> Ebenda, S. 83.

<sup>27)</sup> Der deutsche Gesandte bescheinigte der griechischen Regierung in dieser Angelegenheit einen unbegreiflichen Leichtsinn; denn daß die Schiffe von der Türkei im Falle einer Mobilisierung der Streitkräfte festgehalten werden würden, sei zu erwarten gewesen. Nun würden die Getreideladungen von der türkischen Armee als erwünschte Zugabe und die Dampfer als dringend benötigte Truppentransporter benutzt werden (AA, a.a.O., 5.10.12 *Quadt*).

<sup>28)</sup> Vgl. Dokument Nr. 4.

eine neue kriegerische Verwicklung stürzte, in deren Verlauf die Griechen Janina (6. März), die Bulgaren Adrianopel (26. März), die Serben und Montenegriener Skutari (23. April) eroberten. *Venizelos* machte sich jetzt zum Fürsprecher eines baldigen Friedensschlusses und einer Aussöhnung mit der Türkei, da er deren Schwäche zur raschen Festschreibung der griechischen Territorialgewinne ausnützen und sein Land für den Fall, daß die Balkanallianz an ihren inneren Gegensätzen zerbrach, vor einem Zweifrontenkrieg bewahren wollte. Am 30. Mai 1913 wurde in London ein Friedensvertrag unterzeichnet, der die Türkei zum Verzicht auf die europäischen Provinzen westlich der Linie Enos—Midia zwang und das Schicksal der ägäischen Inseln den Großmächten zur Entscheidung überließ.

### 3. Bemühungen um einen Ausgleich im Sommer 1913

Bereits Mitte März hatte sich der griechische Premierminister dem deutschen Gesandten gegenüber für ein engeres Zusammengehen der nichtslawischen Balkanstaaten Griechenland, Rumänien und Türkei ausgesprochen, das ein Gegengewicht gegen den slawischen Block Serbien—Bulgarien schaffen sollte. Er selbst sei bereit, zu diesem Zweck nach Konstantinopel zu fahren und ein Abkommen zu unterzeichnen, sofern ihm die Türkei den Besitz des ägäischen Archipels zugestehen. Lehne sie dies ab, so bleibe ihm nichts anderes übrig, als den Krieg fortzusetzen. Zum Beweis seines Friedenswillens deutete *Venizelos* an, seinen Außenminister *Koromilas* durch den bisherigen Gesandten in Wien, *Georgios Streit*, der als Anhänger der Mittelmächte und Befürworter ihrer konservativen Orientpolitik galt, zu ersetzen. *Streit* erklärte denn auch sogleich, die großgriechischen Pläne einiger Chauvinisten seien nicht Bestandteil der offiziellen Politik: „Konstantinopel ist für das Griechentum endgültig verloren und damit auch der Anspruch auf ein kleinasiatisches Reich...“<sup>29)</sup> Der Anschluß der ägäischen Inseln sei dagegen aus ethnographischen Gründen gerechtfertigt; die strategischen Interessen der Türkei könnten durch eine Neutralisierung gesichert werden, ökonomisch erleide sie ohnehin keinen Verlust und im übrigen könne sie froh sein, daß sich dort keine Großmacht festsetze, die die Inseln als Sprungbrett für einen Angriff auf das Osmanische Reich benützen könnte.

Das Auswärtige Amt zeigte wenig Neigung, in dem von *Venizelos* und *Streit* vorgeschlagenen Sinne in Konstantinopel vorstellig zu werden. Zwar stützte es die griechischen Ansprüche gegenüber Bulgarien, begnügte sich aber im Fall der ägäischen Inseln mit unverbindlichen Freundschaftsbekundungen. Vergeblich setzte sich *Quadt* für eine klare Parteinahme Deutschlands zugunsten des aufstrebenden Königreichs ein: Berlin wollte sein Verhältnis zur Türkei nicht belasten, und diese sah in einem Separatfrieden mit Griechenland auf der angegebenen Grundlage keinen Vorteil, befürchtete vielmehr, von *Venizelos* lediglich als Ge-

---

<sup>29)</sup> Die Große Politik der europäischen Mächte 1871—1914. Berlin 1922 ff. [zitiert: GP] Band 34/II, Nr. 12965 und 12999.

gengewicht gegen Bulgarien mißbraucht zu werden. Vor allem aber erblickten die Jungtürken in der Rückgewinnung der geographisch zum anatolischen Festland gehörenden Inseln das einzig realistische Ziel einer Revisionspolitik. Unter dieser Bedingung war Großwesir *Mahmud Şevket Paşa* — den Verzicht Athens auf eine Kriegsentschädigung und seine diplomatische Unterstützung türkischer Territorialansprüche im bulgarischen Thrazien vorausgesetzt — bereit, die 120 000 Mann starke Çatalca-Armee bei einem griechisch-bulgarischen Konflikt gegen Bulgarien einzusetzen und ein Defensivbündnis mit Griechenland abzuschließen<sup>30</sup>).

Die Antwort des griechischen Ministerrats: freie Hand für die Türken in Thrazien, Halbierung der Kriegsentschädigung — konnte Istanbul nicht zufriedenstellen. *Mahmud Şevket* bat deshalb den deutschen Botschafter *Hans von Wangenheim* zu sich und übergab ihm einen Katalog von Wünschen mit der Bitte, ihn sogleich nach Athen weiterzuleiten; ferner erklärte er seine Bereitschaft, irgendwo in der Ägäis mit *Venizelos* zusammenzutreffen und über einen Vertragsschluß zu verhandeln; erhalte er aber bis zum 14. Juni keine definitive Antwort, so müsse er sich völlige Handlungsfreiheit vorbehalten<sup>31</sup>). Die Ermordung des Großwesirs am Tage nach dieser Unterredung machte der türkischen Initiative ein rasches Ende; im übrigen weigerte sich Berlin, als Briefträger oder gar als Vermittler zwischen Istanbul und Athen tätig zu werden, da Staatssekretär *Gottlieb von Jagow* die Erfolgsaussichten gering einschätzte, solange die Türken auf der Rückgewinnung von Chios, Mitylene und Samos bestanden. Lediglich die Wiedererrichtung der osmanischen Herrschaft über Imbros und Tenedos, die den Zugang zu den Dardanellen kontrollierten, schien Athen und den Ententemächten gegenüber vertret- und durchsetzbar<sup>32</sup>).

In Wahrheit war es weniger die Triple Entente als der Dreibundpartner Italien, der sich gegen die Abtretung der ägäischen Inseln an Griechenland sträubte und auch auf der Rückgabe des Dodekanes an die Türkei bestand. Nach Ansicht des Außenministers *Antonio di San Giuliano* drohten die griechischen Ansprüche zwei Fragen von weltpolitischer Dimension aufzuwerfen, die Aufteilung Kleinasiens und die Zukunft der Meerengen<sup>33</sup>), und konnten deshalb nur in diesem Rahmen gelöst werden. Frankreich und England, die es weder mit Rom noch mit Athen verderben wollten, bemühten sich die beiden Kontrahenten zu einem direkten Ausgleich über die strittigen Probleme der Grenzziehung in Südalbanien und in der Ägäis zu bewegen, während der russische Außenminister *Sergej D. Sazonov* ähnlich wie sein deutscher Kollege dafür eintrat, den Griechen alle Früchte ihres militärischen Erfolges bis auf Imbros, Tenedos und Thasos, das an Bulgarien gehen sollte, zu überlassen. Diesem Standpunkt schlossen sich schließlich auch die Außenminister *Grey* und *Stephan Pichon* an.

<sup>30</sup>) GP 34/II, Nr. 12 583, 13 306, 13 313; AA Türkei 168, Band 8, 21.5.13 *Quadt*; GP 35, Nr. 13 367.

<sup>31</sup>) GP 35, Nr. 13 382 und 13 385.

<sup>32</sup>) GP 35, Nr. 13 386.

<sup>33</sup>) Documents diplomatiques français relatifs aux origines de la guerre 1914. Paris 1938 ff. 3. Serie (zitiert: DDF III), Band 6, Nr. 525, 607 und 637.

Der neue Großwesir *Said Halim Paşa* teilte die Ungeduld seines Vorgängers, zu einem Abkommen mit Athen zu gelangen, nicht und verzichtete von sich aus auf eine deutsche Vermittlung. Er war aber bereit, über den Albaner *Vehib Bey*, einen Bruder des Verteidigers von Janina, oder über einen Sondergesandten mit *Venizelos* in Kontakt zu treten, worauf dieser *Stephanos Dragoumis* mit einem Vertragsentwurf nach Konstantinopel schickte. Die ersten Gespräche ergaben, daß alle bilateralen Probleme zu regeln waren; ohne die Rückgabe von Imbros, Tenedos, Chios und Mitylene wollte jedoch der Großwesir kein Abkommen unterschreiben. Da *Venizelos* glaubte, mit einer bloßen Autonomie für die genannten Inseln sich nicht zufrieden geben zu dürfen<sup>34</sup>), scheiterte der Versuch zu einem separaten griechisch-türkischen Ausgleich an der leidigen Inselfrage.

Angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen Bulgarien und seinen Balkanverbündeten rechnete die Pforte mit einer Verbesserung ihrer Verhandlungsposition, sofern sie die Verhandlungen mit Griechenland länger hinauszog. Deshalb wurden z. B. die Telegramme von *Dragoumis* nach Athen aufgehalten, das griechische Nachgeben in der Frage der Kriegsentschädigung als wertlos bezeichnet und den Griechen ein Verzicht auf die Erstattung der Kosten für die Unterbringung und Verpflegung von 85 000 türkischen Kriegsgefangenen zugemutet. Ferner erklärte die Pforte, daß die bloße Zulassung türkischer Kommissare auf den ägäischen Inseln ein Bündnis mit Griechenland nicht rechtfertigen könne, welches die Türkei in Gegensatz zu Österreich und Italien bringen sowie einer großen Kriegsgefahr aussetzen würde, zumal sie im Fall einer Niederlage gegen die Bulgaren Konstantinopel verlieren, im Falle eines Sieges aber sicherlich von Rußland im Rücken angegriffen würde<sup>35</sup>).

Zu spät begriffen die Jungtürken, daß die Griechen sich keineswegs in einer Zwangslage befanden, in der sie zu jedem Zugeständnis bereit gewesen wären; denn zum einen hielten sie die umstrittenen Inseln in ihrer Hand und konnten von dort nicht ohne weiteres vertrieben werden, zum andern wirkte die Drohung mit einem türkisch-bulgarischen Bündnisschluß nicht, weil es schwerlich denkbar war, daß Bulgarien einer türkischen Armee den Durchmarsch durch das von Istanbul begehrte Westthrazien nach Griechenland gestatten würde. Vor allem aber führte die Auseinandersetzung unter den Siegern des 1. Balkankriegs durch das Eingreifen Rumäniens zu einer raschen Entscheidung. Als daher der türkische Unterhändler *Ghalib Kemal Bey* in Begleitung von *Dragoumis* in Athen eintraf, wo er 1911/12 Geschäftsträger gewesen war, erklärte ihm *Venizelos* kühl, wenn er eine Woche früher gekommen wäre, hätte er ihn konzessionsbereit gefunden; jetzt, da die griechische Armee in Thrazien stehe, benötige er die türkische Hilfe nicht mehr. Das Beharren auf den Inseln vor der westanatolischen Küste verdammt *Ghalib Beys* Mission damit von vornherein zum Mißerfolg<sup>36</sup>).

Die Bemühungen der deutschen Diplomatie, *Said Halim Paşa* vom Nutzen eines Ausgleichs mit Griechenland zu überzeugen, erbrachten nichts, im Gegenteil: Der

<sup>34</sup>) GP 35, Nr. 13 389, 13 394, 13 399, 13 409, 13 416, 13 421, 13 426.

<sup>35</sup>) GP 35, Nr. 13 429.

<sup>36</sup>) AA, a.a.O., 10.7.13 *Quadt*.

Großwesir warf *Wilhelm II.* vor, durch seine Griechenpolitik „das griechische Selbstgefühl ins Maßlose gesteigert und jede vernünftige Verständigung unmöglich gemacht“ zu haben. Die Verleihung der Feldmarschallswürde an König *Konstantin* noch vor dem formalen Friedensschluß im Orient sei eine Taktlosigkeit gewesen<sup>37)</sup>. Für die Türkei sei es lebenswichtig, die panhellenischen Bestrebungen auszurotten, da in ihren Grenzen 1,2 Millionen Hellenen lebten. Die Kleinasien vorgelagerten Inseln könnten daher nur eine Autonomie nach dem Vorbild von Samos erhalten. Auch eine deutsche Garantie für ein türkisch-griechisches Bündnis biete keine Sicherheit, da Griechenland nicht zögern würde, die Allianzen zu wechseln, wenn ihm diese keine Fortschritte auf dem Weg zur Großen Idee bringen würden. Botschafter *Wangenheim* bestätigte dies aus eigener Erfahrung — er war von 1908 bis 1912 Gesandter in Athen gewesen — und warnte Berlin davor, das Beharrungsvermögen der Jungtürken auf dem einmal beschrittenen Kurs zu unterschätzen.

Seiner Ansicht nach mußte die Abtretung der ostägäischen Inseln, wie sie Europa den Türken zumuten wollte, das Osmanische Reich entscheidend schwächen und schließlich zerstören: „Schon Mahmud Schewket war der Meinung, daß die Türkei eher Konstantinopel als die Inseln verschmerzen und daß das türkische Volk die [griechischen] Blutegel an seinem asiatischen Körper nicht dulden könne.“ Falls die Mächte die Jungtürken dazu zwingen wollten, würden diese an den in ihrem Herrschaftsbereich lebenden Hellenen Rache nehmen „und die beginnende griechische Propaganda in Kleinasien mit solchen Mitteln bekämpfen, daß Griechenland sehr bald wieder zum Schwerte greifen müßte“<sup>38)</sup>. Ein Kompromiß biete sich um so mehr an, als Griechenland durch die unvorhergesehene Erwerbung nordmazedonischer Gebiete (Kavalla, Serres, Drama) inzwischen so groß geworden sei, daß es auf einige ökonomisch wertlose Inseln<sup>39)</sup> leicht verzichten könne, deren Besitz für die Türkei eine Existenzfrage bilde. Andernfalls müsse es sich darauf vorbereiten, daß das Ökumenische Patriarchat in seiner Existenz

<sup>37)</sup> GP 36/I, Nr. 13 836, 13 840, 13 842, 13 846, 13 851.

<sup>38)</sup> GP 36/I, Nr. 13 857. Der britische Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir *Eyre Crowe*, war anderer Meinung; er schrieb zu einem Bericht des Botschafters in Konstantinopel, Sir *Louis Mallet* (FO 2112, Anm. zu 7.1.14): „The argument as to the propinquity of the islands to the shore provoking irredentist propaganda on the Turkish mainland, cuts really the other way. So long as these islands remain Turkish, the Greek population at Smyrna and along the mainland coast will inevitably tend to assist a movement among the islanders for annexation to Greece. If the islands become Greek there will be an end to propaganda on the mainland. No Greek government could hope to acquire a territorial footing on the mainland so long as Turkey continues to exist, and I do not believe any such ambition is harboured either at Athens or at Smyrna. The Greeks are the one nationality that manage to get on quite well under Turkish rule, and once a Greek colony whether at Constantinople or at Smyrna or other Turkish port combined by a strongly Turkish hinterland obtains fair conditions of existence, as they generally manage to do, they will go on contentedly living and making money as Ottoman subjects.“

<sup>39)</sup> Chios und Mitylene brachten der Türkei an Abgaben, Steuern und Zöllen jährlich rund 287 000 Ltq ein, Lemnos, Imbros und Tenedos 28 669 Ltq (FO 2112, 7.1.14 *Mallet*).

bedroht werde und seine Landsleute in Kleinasien härtester Verfolgung ausgesetzt würden<sup>40</sup>).

#### 4. Der Friedensvertrag von Athen

Inzwischen waren in Athen Friedensverhandlungen in Gang gekommen, zu denen von türkischer Seite auch der Rechtsbeirat der Pforte, *Reşid Bey*, zugezogen wurde. Sie ließen aber nach deutscher Auffassung „von Anfang an den großen Zug vermissen und stellten sich mehr als ein nach orientalischem System durchgeführter Handel dar“<sup>41</sup>). Als erstes einigte man sich auf die Ausklammerung der Frage einer Entschädigung für die 1912 von den Türken festgehaltenen griechischen Dampfer bzw. den Unterhalt türkischer Kriegsgefangener in Griechenland. Sodann wurde ein Abkommen paraphiert, das die Wiederaufnahme des Schiffsverkehrs vorsah, wodurch die Türkei die Möglichkeit erhielt, ihr Expeditionskorps aus dem Jemen abzuziehen und den Kreuzer *Hamidiye* zurückzuholen, der Anfang 1913 unter dem Kommando von *Rauf Bey* den griechischen Blockadering an den Dardanellen durchbrochen und dem Gegner einige Verluste zugefügt<sup>42</sup>) hatte; Griechenlands Handelsschiffahrt wurde in die Lage versetzt, die südrussische Getreideernte aus den Schwarzmeerbahnen abzutransportieren.

Zu den umstrittensten Themen gehörten die Staatsangehörigkeitsfragen. Athen war der Meinung, daß die Bewohner der eroberten osmanischen Provinzen wie diejenigen Thessaliens 1881 ein auf drei Jahre befristetes Optionsrecht erhalten und, falls sie Untertanen des Sultans bleiben wollten, in die Türkei auswandern sollten. Die Türken wollten nur denjenigen Bewohnern eine Aufenthaltserlaubnis für das Osmanische Reich gewähren, die auf die griechische Staatsangehörigkeit verzichteten. Im übrigen verlangten sie ausgedehnte Rechte im Hinblick auf die religiöse Gerichtsbarkeit und die Verwaltung der religiösen Schenkungen (des sogenannten *Vakuf-Besitzes*) in Neu-Griechenland. Vor allem aber drohten sie damit, die Unterzeichnung eines griechisch-türkischen Friedensvertrags von der Regelung der Inselfrage abhängig zu machen, was für die Griechen unannehmbar war, da sich die Großmächte die Klärung dieses Problems vorbehalten hatten<sup>43</sup>).

Die Person des Außenministers *Koromilas* trug sicherlich mit zum schleppenden Gang der Athener Verhandlungen bei; seine Ablösung Ende August 1913 durch den Karrierediplomaten *Dimitrios Panas* wurde deshalb in den europäischen Hauptstädten begrüßt. *Panas* war bereit, den Türken in der umstrittenen

<sup>40</sup>) GP 36/I, Nr. 13876. Vgl. die Auffassungen des französischen und des britischen Botschafters in DDF III/8, Nr. 180, 210 und 225 bzw. FO 2112, 7.1.14 *Mallet*.

<sup>41</sup>) GP 36/I, Nr. 13847.

<sup>42</sup>) Im einzelnen unternahm die *Hamidiye* folgendes: am 16. Januar Zerstörung des Hilfskreuzers *Makedonia* im Hafen *Hermoupolis* (Syros); darauf Errichtung einer Minensperre im Hafen von Piräus; am 31. Januar Vernichtung dreier griechischer Truppentransporter bei *Astypalaia*; am 12. März Versenkung zweier Truppentransporter vor der albanischen Küste.

<sup>43</sup>) GP 36/I, Nr. 13898, FO 1841, 21.7. und 26.8.13 *Elliot*.

Nationalitätenfrage entgegenzukommen, sofern 1. der Umfang der Vakuf-Ländereien einvernehmlich festgesetzt und 2. der Personenkreis, der die türkische Staatsbürgerschaft in Griechenland behalten durfte, genau umgrenzt wurde. *Reşid Bey* verließ daraufhin am 5. September Athen in der Hoffnung, auf dieser Grundlage eine baldige Einigung zu erzielen. Doch in Istanbul hatte die „geradezu widerliche Selbstüberhebung“ der Griechen einen Stimmungsumschwung zugunsten Bulgariens bewirkt. Die Komiteepresse sprach sogar von der Notwendigkeit einer türkisch-bulgarischen Offensivallianz, die Bulgarien auf Kosten Griechenlands Kavalla und der Türkei die ägäischen Inseln einbringen sollte. In der Europäischen Türkei standen immer noch 300 000 Mann unter *Enver Paşa*, und in Anatolien wurden weitere Rekruten ausgehoben bzw. Lasttiere requiriert. Die Ablösung des als gemäßigt geltenden Offizierskorps von Adrianopel durch eine Gruppe kompromißloser Albaner unter *Izzet Paşa* und die Konzentration eines Landungskorps von 5000 Mann in Çeşme gegenüber von Chios ließen das Schlimmste befürchten<sup>44</sup>).

Griechenland, das in Thrazien nur 80 000 Mann stationiert hatte und Chios gegen einen türkischen Angriff kaum verteidigen konnte, da der Kanal zum Festland nur 3 km breit war und die Türken unter dem Schutz der dort aufgestellten Geschütze hätten landen können, appellierte an die Großmächte, die Türkei von kriegerischen Handlungen abzuhalten. Die britische Regierung dämpfte die Erwartung König *Konstantins* auf eine solche Fürsprache Europas mit dem Hinweis, daß sich das Europäische Konzert im Ernstfall auf keine Zwangsmaßnahmen einigen könne, war aber bereit, die Pforte im Interesse des britischen Handels zur baldigen Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Griechenland aufzufordern. In ähnlicher Weise sprach sich der russische Botschafter *Nikolaj N. Giers* in Konstantinopel aus, während Italiens Außenminister Schritte in Athen für vorrangig hielt, weil griechische Unnachgiebigkeit das Scheitern der Friedensverhandlungen verursacht habe. Die gleiche Auffassung herrschte in Wien vor, während Paris den Nutzen von Demarchen bestritt, die nicht von militärischen Sanktionsdrohungen, die es im vorliegenden Falle ablehnte, begleitet waren<sup>45</sup>). Nur *Wilhelm II.* wollte den Griechen beispringen<sup>46</sup>), wurde jedoch von seiner Regierung nicht unterstützt.

Im CUP trat eine Minderheit (*Talât* und *Halil Bey*), zu der auch der Großwesir tendierte, für einen friedlichen Ausgleich mit Griechenland ein. Sie erreichte immerhin, daß anstelle des erkrankten *Reşid Bey* ein neuer Sondergesandter, der

<sup>44</sup>) FO 1841, 21.9.13 *Marling*, 25.9.13 *Elliot*; GP 36/I, Nr. 13862.

<sup>45</sup>) FO 1841, 27.9.13 FO an *Elliot*, 28.9.13 *Dering*, 30.9.13 FO an *Marling*; DDF III/8, Nr. 259 und 270.

<sup>46</sup>) Der Kaiser warf den „aufgeblasenen Jungtürken“ vor, auf einen neuen Balkankrieg hinzuarbeiten, „weil der Frieden, den sie zu schließen in London sich bereit erklärten, ihnen jetzt nicht mehr paßt“; er verlangte: „Bukarest muß einspringen und die Kerls zurückhalten.“ Besonders verwerflich schien ihm die Rolle des Großwesirs *Said Halim Paşa*: „Wenn er sich durch eine beliebige Militärdiktatur das Heft aus den Händen reißen läßt, dann ist er nicht mehr maßgebend. Dann muß er abdanken, oder schleunigst die Offiziere zur Raison bringen.“ (GP 36/I, Anm. zu Nr. 13862 und 13864.)

Armenier *Herante Bey Abro*, nach Athen geschickt wurde. Die Vorschläge, die er mitbrachte, glichen denen, die Istanbul einem vernichtend geschlagenen Bulgarien hatte aufzwingen können<sup>47)</sup>, und enthielten Punkte, die *Venizelos* bereits in seinen Gesprächen mit *Ghalib* und *Resid Bey* geklärt zu haben glaubte. Als Zeichen der Entschlossenheit, die eigenen Interessen bis zum äußersten zu verteidigen, begab sich deshalb König *Konstantin* am 7. Oktober zu einer Truppeninspektion nach Mazedonien. An einem neuerlichen Waffengang mit der Türkei konnte ihm aber nicht gelegen sein, da die eigene Armee zu schwach und der serbische Verbündete in Albanien zu beschäftigt war, um Griechenland notfalls zu Hilfe zu kommen. Sollte eine Einigung am Verhandlungstisch nicht zustandekommen, so schlug *Venizelos* vor, eine oder mehrere Großmächte mit einem Schiedsspruch zu betrauen<sup>48)</sup>.

Dies erwies sich jedoch als unnötig, denn am 11. November wurde der griechisch-türkische Friedensvertrag paraphiert und am 14. November 1913 in Athen unterzeichnet<sup>49)</sup>. Im einzelnen sah er vor: Art. 1: Sofortige Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen beiden Staaten sowie Errichtung türkischer Konsulate in Neu-Griechenland, wo sich solche anderer Mächte befinden oder Athen die Erlaubnis dazu erteilt. Art. 2: Wiederinkraftsetzung der alten Verträge. Art. 3: Amnestie für alle während des Krieges begangenen Übergriffe sowie Aufhebung aller juristischen und administrativen Zwangsmaßnahmen aus dieser Zeit. Art. 4: Alle Bewohner Neu-Griechenlands werden griechische Staatsbürger, wenn sie sich nicht innerhalb von drei Jahren für die Beibehaltung der türkischen Staatsbürgerschaft entscheiden und in die Türkei auswandern; während dieser Zeit werden die Muslime Neu-Griechenlands von der Militärpflicht und der Bezahlung einer Militärsteuer freigestellt. Art. 5: Die in osmanischer Zeit erworbenen Rechte und Titel bleiben in Neu-Griechenland gültig. Art. 6: Wer auf Grund von Art. 4 auswandert, behält seinen unbeweglichen Besitz und kann den beweglichen frei ausführen. Enteignungen dürfen nur bei öffentlicher Notwendigkeit und gegen gerechte Entschädigung vorgenommen werden. Art. 7: Die Güter und Besitztümer des Sultans und des Herrscherhauses werden respektiert. Art. 8: Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten spätestens innerhalb eines Monats; die Frage der Entschädigung für die mit ihrer Betreuung verbundenen Kosten wird vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag geklärt. Art. 9: Die Türkei gibt sofort nach Vertragsunterzeichnung die festgehaltenen griechischen Handelsschiffe frei; die Frage einer Entschädigung ihrer Besitzer wird durch ein Schiedsgericht entschieden, das beide Parteien bestimmen bzw. der schweizerische Bundesrat, falls keine Einigung erzielt wird. Art. 10: Die Frage der Rückgabe des in Thessaloniki erbeuteten Kriegsmaterials an die Türkei

---

<sup>47)</sup> Der Text des bulgarisch-türkischen Friedensvertrages vom 29. September 1913 findet sich in: G. F. Martens: Nouveau recueil général de traités et actes relatifs aux rapports de droit international. Serie 3, hrsg. von H. Triepel, Band 8 (Leipzig 1914), S. 78—93.

<sup>48)</sup> FO 1841, 8., 11., und 15.10.13 *Elliot*; GP 36/I, Nr. 13878 und 13882.

<sup>49)</sup> Der Text findet sich in Martens, S. 93—101.



wird einem Schiedsgericht unterbreitet. Art. 11: Die religiösen Gebräuche und Organisationen der Muslime in Neu-Griechenland werden strikt respektiert, die betroffenen Personen erhalten die gleichen Bürgerrechte wie die Bewohner Alt-Griechenlands. Der Name des Sultans als Chalif wird in den öffentlichen Gebeten der Muslime weiter genannt, der Scheich-ul-Islam in Konstantinopel erteilt dem vom griechischen König aus drei Kandidaten gewählten Mufti die Investitur. Art. 12: Die Vakuf-Güter werden respektiert und können nur in Sonderfällen enteignet werden; wenn nach Wegfall der Vakuf-Abgaben gewisse soziale und kulturell-religiöse Dienste der muslimischen Gemeinschaft nicht mehr wahrgenommen werden können, zahlt der griechische Staat eine Subvention. Art. 13: Gegenseitige Achtung der Friedhöfe und insbesondere der Soldatengräber. Art. 14: Athen muß für die Schuldentilgung der bisher osmanischen Eisenbahnen in Neu-Griechenland aufkommen. Art. 15: Die beiden Parteien halten die sie betreffenden Teile des Londoner Vertrages vom 30. Mai 1913 aufrecht. Art. 16: Der Friedensvertrag tritt mit der Unterzeichnung in Kraft, die Ratifikationsurkunden werden innerhalb von zwei Wochen ausgetauscht.

Darüber hinaus wurden folgende drei Protokolle unterzeichnet, die einen integralen Bestandteil des Friedensvertrages darstellen: Protokoll 1: Personen, die aus Neu-Griechenland stammen, aber außerhalb des Osmanischen Reiches leben, können innerhalb von 6 Monaten die griechische Staatsbürgerschaft annehmen. Protokoll 2: Die Frage der Zugehörigkeit des staatlich-osmanischen Besitzes in Neu-Griechenland (Landbesitz, Fischerei-Unternehmen, Bergbaukonzessionen usw.) wird durch den Internationalen Gerichtshof entschieden. Protokoll 3: Die Türkei gestattet die Umwandlung derjenigen Moscheen in Kirchen, die bereits früher Kirchen waren; die damit verbundenen Vakuf-Güter werden jedoch beibehalten. Griechenland verpflichtet sich zum Bau einer Moschee in Athen und vier weiterer in armen Gegenden des Landes. Die Muftis und ihre Angestellten werden griechischen Staatsbeamten gleichgestellt; sie verwalten die Vakuf-Güter und besitzen juristische Gewalt in Fragen von Heirat, Scheidung, Pensionen, Vormundschaft und in Erbschaftsangelegenheiten. Die bestehenden oder noch zu gründenden muslimischen Privatschulen werden respektiert und können von Vertretern des Staates inspiziert werden. Der Unterricht wird in türkischer Sprache erteilt, Griechisch ist obligatorisches Unterrichtsfach.

Eine Analyse des Vertragstextes ergibt, daß der Frieden von Athen durchaus vorteilhaft für die unterlegene Partei (die Türkei) ausgefallen war. *Quadt* führte dies darauf zurück, daß *Koromilas* während der Abwesenheit seines Ministerpräsidenten in London zu wenig flexibel taktiert habe, „um durch teilweises Nachgeben die Türkei zur Annahme seiner Forderungen zu bestimmen“. Nach dem türkisch-bulgarischen Friedensschluß habe Athen wesentliche Zugeständnisse machen und um seinen Standpunkt hart kämpfen müssen. Der Durchbruch sei erst gelungen, als der rumänische Innenminister *Take Ionescu* sich vermittelnd eingeschaltet und die Waage ins Gleichgewicht gebracht habe<sup>50</sup>). Der britische Gesand-

---

<sup>50</sup>) GP 36/I, Nr. 13 898.

te Sir *Francis Elliot* versicherte, der Gedanke an eine rumänische Vermittlung sei von *Ghalib Bey* ausgegangen, und in Bukarest habe man die Gelegenheit sogleich beim Schopf gepackt, um Rumäniens Einfluß auf der Balkanhalbinsel auszuweiten. *Ionescu* habe seine Rolle in Istanbul, wo er an Bord seines Schiffes *Talât Bey* empfangen, und in Athen, wo er Tag und Nacht für Vermittlungsgespräche zur Verfügung gestanden habe, sehr gut gespielt. Die Entschlossenheit Rumäniens, keine Verletzung des Bukarester Friedens zuzulassen, sowie finanzielle Argumente (d. h. die Notwendigkeit einer neuen Anleihe in Westeuropa) hätten die Türken schließlich bewogen, den Friedensvertrag mit Griechenland widerstrebend zu unterzeichnen<sup>51)</sup>

### 5. Die Bemühungen Europas um die Regelung der Inselfrage

Mit der Wiederherstellung des Friedenszustandes war nur ein Teil der griechisch-türkischen Probleme gelöst; der bedeutendere, die Zukunft der ägäischen Inseln, blieb offen und sollte von den Großmächten entschieden werden. Daß dies nicht losgelöst vom Kräfteverhältnis der beiden Hauptbetroffenen geschehen konnte, verstand sich von selbst und bewog die Türkei dazu, ihre Flotte durch den Ankauf von modernen Kriegsschiffen in England zu verstärken. Da sowohl die türkische als auch die griechische Marine von einer britischen Flottenmission instruiert wurden, stand London vor der schwierigen Situation, im Fall eines Konfliktes von beiden Parteien zur Unterstützung aufgefordert zu werden. Um dieser Wahl aus dem Weg zu gehen, entschloß sich Außenminister *Grey* zu einer Initiative, die eine Lösung der Inselfrage mit der Grenzziehung in Südalbanien verband und der europäischen Diplomatie die Chance eröffnen sollte, durch Konzessionen an Griechenland in Nordepirus türkische Ambitionen in der Ostägäis zu erfüllen<sup>52)</sup>.

Das Auswärtige Amt begrüßte den Vorschlag aus dem gleichen Grunde, doch mit anderer Zielrichtung: Griechenland sollte die nordepirotischen Ansprüche aufgeben und dafür in der Inselfrage entschädigt werden. Dies hätte den Vorteil, die beiden Dreibund-Verbündeten (Österreich-Ungarn und Italien) in Albanien zufriedenzustellen und zugleich Athen eine Annäherung an diese Mächtegruppe zu erleichtern; Opfer dieser Politik, die dem Grundsatz folgte, die auf dem Schlachtfeld geschaffenen Tatsachen vertraglich zu sanktionieren, wäre die Türkei geworden<sup>53)</sup>. Frankreich stimmte mit dem Standpunkt Deutschlands überein und nannte folgende Kriterien einer dauerhaften Lösung: 1. Berücksichtigung der Nationalität der Inselbevölkerung; 2. Sicherung der westanatolischen Küste der Türkei; 3. Erhaltung des Gleichgewichts der Kräfte im Mittelmeer. *Bompards* Plan, Griechenland für die Rückgabe einiger Inseln an den Sultan durch den

---

<sup>51)</sup> FO 1841, 17.11.13 *Elliot*, 18.11.13 *Mallet*.

<sup>52)</sup> GP 36/II, Nr. 14204, 14212 und 14225.

<sup>53)</sup> GP 36/II, Nr. 14219 und 14224.

Dodekanes zu entschädigen, wurde in Paris nicht ernsthaft erwogen<sup>54</sup>). Der russische Außenminister schloß sich der französischen Politik an, trat jedoch aus strategischen Gründen für die Belassung von Lemnos und Samothrake bei der Türkei ein<sup>55</sup>). Dagegen wich Italien von der Mehrheitsmeinung ab: es wollte sowohl den Nordepirus den Griechen vorenthalten als auch Chios und Mitylene den Türken zurückgeben. Österreich-Ungarns Außenminister Graf *Leopold Berchtold* fand das vorgeschlagene Junktim von Insel- und Albanienfrage ebenfalls unberechtigt, wenn er auch seine Verwirklichung nicht hintertreiben wollte<sup>56</sup>).

Ermutigt durch die Haltung Roms und Wiens versteifte die Türkei ihren Widerstand gegen die Beschlüsse der Botschafterkonferenz und verlangte, die Inselfrage in direkten Verhandlungen mit Athen zu lösen. Dies konnte *Venizelos* nicht zulassen, da die Stärke der griechischen Position darauf beruhte, daß der Friedensvertrag von London die Verfügung über die ägäischen Inseln den Großmächten überließ. Immerhin bot er aber während seines Berlin-Besuchs im Januar 1914 die Neutralisierung der Inseln an, sofern Europa durch die Stationierung von Kriegsschiffen ihre Sicherheit gegen einen möglichen türkischen Angriff verbürgte. Dazu war aber *Wilhelm II.* nicht bereit: „Wir können doch nicht für die Hellenen Posten stehen! Noch dazu ohne Löhnung<sup>57</sup>)!“ Den Vorschlag, die beiden Hauptinseln Chios und Mitylene an die Türkei zurückzugeben und dafür den italienisch besetzten Dodekanes zu erwerben, wies *Venizelos* zurück, da seine Verwirklichung in keiner Weise gesichert war. Die Pforte ihrerseits stellte fest: „Nous sommes d’avis que la Grèce, dont les territoires ont été doublés par ses acquisitions,

---

<sup>54</sup>) DDF III/8, Nr. 282. Der Botschafter hoffte, Frankreich durch eine Regelung der Inselfrage in Konstantinopel die vorherrschende Stellung zu verschaffen; er meinte, sein Land könne „profiter des sympathies que notre philhellénisme éprouvé nous vaut à Athènes pour amener le Gouvernement grec... à conclure une transaction sur les îles avec le Gouvernement ottoman“ (DDF III/8, Nr. 180). Doch Außenminister *Paul Doumergue* betonte (DDF III/9, Nr. 183): „Nous ne saurions ni nous délier de nos engagements, ni donner l’exemple d’une versatilité injustifiable contraire à la seule politique réalisable, qui est l’accord avec l’Europe.“ In London meinte *Robert Vansittart*, Griechenland werde dem Tausch kaum zustimmen, da Rhodos davon ausgenommen werde und Chios und Mitylene wertvoller seien als die restlichen Inseln des Dodekanes. Im übrigen könne sich London keine bessere Lösung wünschen als diese, denn: „Greece in the Cyclades, Crete, and the Dodecanes fairly bottles the Aegean, and it will not so much matter to us who gets the more northernly islands, if Turkey ultimately breaks up.“ (FO 2112, Anm. zu 28. und 29.1.14 *Mallet*.)

<sup>55</sup>) Vgl. Internationale Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus (IBZI), Serie I, Band 1, Nr. 1 und Anm. 1. Daß Rußland damit nicht durchdrang, bezeichnete Zar *Nikolaus II.* als „sehr unangenehm“ (ebenda, Nr. 11).

<sup>56</sup>) GP 36/II, Nr. 14230; ÖUAP 7, Nr. 9091.

<sup>57</sup>) GP 36/II, Nr. 14261 und Anm. zu 14258. *Crowe* sah hinter der deutschen Politik fälschlicherweise den Versuch, die Türkei zu einem Revanchefeldzug anzustacheln: „They have no doubt discussed the problem through the German officers who will command the Turkish forces in the war with Greece, of which the object will be not merely to retake Saloniki, but to defeat Greece and force her to accept peace which will include as one of the conditions the retrocession of the islands.“ (FO 2112, Anm. zu 4.2.14 *Bunsen*.)

peut facilement nous céder ces deux îles afin de sauvegarder ses multiples intérêts en Turquie en établissant avec le Gouvernement Impérial des relations de bonne entente<sup>58</sup>).“

Der neue türkische Gesandte in Athen, *Ghalib Kemali Bey*, erklärte in einem Interview mit dem Pariser *Temps*, die einzige Chance, einen wirklichen Friedenszustand zwischen Griechenland und der Türkei herbeizuführen, bestehe in der Rückgabe von Chios und Mitylene. Geschehe dies nicht, so könnten die asiatischen Besitzungen des Sultans nicht als sicher gelten, da die 400 000 Griechen des Küstengebiets darin den Beginn der Verwirklichung ihrer nationalen Ideale sehen würden. Er verstehe nicht, warum Athen nicht auf 2 Inseln verzichten wolle, wenn es dafür dauerhaften Frieden mit einem Nachbarstaat erhalten könne, der mit 23 Millionen Menschen stärker und reicher als das Königreich sei. Die Tatsache, daß die Inselbevölkerung überwiegend griechisch sei, dürfe kein Hindernis bilden, denn zum einen übernehme Griechenland in Mazedonien auch eine starke türkische Minderheit, zum andern könnten für sie die nötigen Garantien gefunden werden<sup>59</sup>). Ähnlich äußerten sich die jungtürkischen Führer, die zwar die Absicht einer kriegerischen Lösung des Problems bestritten, aber andeuteten, daß sie die Griechen im eigenen Herrschaftsbereich durch Boykott und Austreibung für die Politik *Venizelos'* haftbar machen würden<sup>60</sup>).

In dieser Situation war es ein Erfolg für die Regierung in Athen, daß die Großmächte in einer gemeinsamen Note an Griechenland und die Türkei feststellten, die Ägäis-Inseln sollten bis auf Tenedos und Imbros an das Königreich fallen, das seinerseits Südalbanien evakuieren und garantieren müsse, daß der neue Inselbesitz weder militärisch noch als Ausgangspunkt für Schmuggel- und Propagandaaktionen gegen das Osmanische Reich genutzt werde. Der Dodekanes sollte an den Sultan zurückgegeben werden, eine autonome Verwaltung erhalten und militärisch ebenso neutralisiert werden wie die griechischen Inseln<sup>61</sup>). Europa hatte

---

<sup>58</sup>) AA Türkei 168, Band 8, 9.3.14 türkische Note; vgl. auch *Ghalib Kemalis* Auffassung in FO 2113, 9.2.14 *Elliot*. *Mallet* schrieb, die Inselfrage dürfe nicht isoliert gesehen werden: „The jealousies excited by the large territorial acquisitions of Greece which are out of all proportion to the efforts by her in the war render the permanent possession of them by no means secure...“ (FO 2112, 23.1.14 *Mallet*.)

<sup>59</sup>) FO 2113, 9.2.14 *Elliot*.

<sup>60</sup>) FO 2113, 3. und 7.2.14 *Mallet*. Der britische Botschafter bestärkte seine türkischen Gesprächspartner *Talât Bey* und *Cemal Paşa* in ihren behaupteten friedlichen Gesinnungen, da ein neuer Krieg das Osmanenreich, das 10 Friedensjahre brauche, um sich von den Schlägen der Balkanverbündeten zu erholen und seine Verwaltung zu reorganisieren, finanziell ruinieren würde: „Talaat assured me that he was entirely of my opinion and was determined not to engage in any conflict... Enver had told him that he wanted a long period to put the army into order. The Dreadnought had been purchased solely in order to forestall Greece... Djemal gave me most solemn assurances... that he would oppose war and... that he would resign from any government which proposed hostilities with Greece.“ (Ebenda, 7.2.14 *Mallet*; vgl. ÖUAP 7, Nr. 9379.)

<sup>61</sup>) König *Konstantin* betrachtete den Rückzug aus Imbros und Tenedos verständlicherweise als einen schmerzlichen Verlust, da dort mit Ausnahme einiger türkischer

damit seine Schuldigkeit getan, aber das Problem war noch längst nicht bereinigt, denn einerseits konnten sich die Türken nicht mit dem Verlust der dem Festland vorgelagerten Inseln abfinden, andererseits erhoben sich die nordepirotischen Griechen gegen den Entscheid der Mächte, der ihr Gebiet dem unabhängigen Albanien zugeschlagen hatte<sup>62</sup>). Zugleich ergaben sich Spannungen im Zusammenhang mit der Ausführung des Friedensvertrages von Athen: Die Pforte warf den Griechen vor, die muslimische Minderheit in Neu-Griechenland mit Drohungen und Druckmaßnahmen zur Emigration zu zwingen, um sich ihrer Ländereien zu bemächtigen, während Athen die Türkei anklagte, die thrazischen Hellenen zu unterdrücken und einem Wirtschaftsboykott zu unterwerfen.

*Venizelos* war jetzt zu direkten Verhandlungen mit der Pforte bereit, sofern diese auf der Grundlage des Mächtebeschlusses stattfanden und dessen Ausführung zum Ziele hatten. Er bot ihr die Ernennung eines Kommissars anstelle eines Konsuls für die Inseln an und bestritt, daß von ihnen eine Gefährdung des Osmanenreichs ausgehen könne; denn die zwei Millionen Hellenen Anatoliens lebten verstreut an einer langen Küste von Trabzon über Smyrna bis Alexandrette und stellten überall nur eine kleine Minderheit im Vergleich zur türkisch-muslimischen Mehrheit dar. Ferner schlug er vor, nach Regelung der Inselfrage ein auf fünf Jahre befristetes Defensivbündnis abzuschließen, das den beiderseitigen Besitzstand auf dem europäischen Festland garantieren, die Lage auf der Balkanhalbinsel stabilisieren und einen für beide Länder ruinösen Rüstungswettlauf verhindern sollte. Die deutsche Diplomatie gewann sogar den Eindruck, daß der griechische Premierminister noch weiter gehen, d. h. die Erhaltung der Suzeränität des Sultans über Chios und Mitylene annehmen würde, wenn er dafür 6 Dodekanesinseln erhielte und zu einem Ausgleich mit Istanbul käme<sup>63</sup>). Die diskrete Vermittlungsaktion Berlins war allerdings ebensowenig wie diejenige des rumänischen Generals *Coanda* von Erfolg gekrönt.

---

Beamten nur Griechen wohnten und befürchtet werden mußte, daß diese durch türkische Siedler verdrängt werden würden, sobald Istanbul wieder über sie herrschte (FO 2113, 15.2.14 *Elliot*.)

<sup>62</sup>) Vgl. dazu: Basil Kondis, *Greece and Albania 1908—1914*. Thessaloniki 1976.

<sup>63</sup>) GP 36/II, Nr. 14564; DDF III/9, Nr. 193. *Venizelos* hatte anlässlich des traditionellen Frühjahrsurlaubs des deutschen Kaisers auf Korfu mit *Wilhelm II.* und Reichskanzler *Theobald von Bethmann Hollweg* gesprochen. Unabhängig davon hatte auch der britische Gesandte versucht, ihm den Tausch schmackhaft zu machen, wobei er zusätzlich den Gewinn von Imbros in Aussicht stellte; der Vorteil liege in der Befreiung von Griechen aus türkischer Fremdherrschaft und in der Tatsache, daß durch die griechische Besitznahme andere mögliche Erben des Sultans abgewehrt würden; dabei komme zustatten, daß die Bewohner von Mitylene sich nie über eine türkische Unterdrückung beschwert hätten. *Venizelos* bestätigte dies, meinte aber, die Insel sei viel wertvoller als die übrigen, deren Verwaltung mehr koste als sie einbrächten (FO 1998, 22.5.14 *Elliot*). *Quadt* warnte davor, der Sache allzuviel Bedeutung beizumessen, denn *Venizelos* stehe unter starkem Druck und sei amtsmüde: „Vielleicht würde er nicht ungern sich gerade dieser Frage wegen, von der er vielleicht weiß, daß sie sich nicht verwirklichen läßt, zurückziehen.“ (GP 36/II, Nr. 14563.)

Obwohl die griechische Konzessionsbereitschaft sich, wenn überhaupt, nur auf zwei Inseln bezog, verlangte die Pforte in ihrem Vertragsentwurf vom 29. April 1914 eine Sonderregelung für alle griechischen Inseln der Ägäis. Zugleich begann das CUP mit der Vertreibung von Zehntausenden hellenischer Bewohner Ostthraziens und mit einem Boykott des griechischen Handels in Smyrna. Griechenlands Öffentlichkeit wünschte in dieser Situation kein Bündnis mit dem Erbfeind, sondern verlangte die Kündigung des Friedensvertrags von Athen, das Auslaufen der Flotte und den Beginn militärischer Operationen an der kleinasiatischen Küste. *Venizelos* behielt trotz der diplomatischen Erpressung und der nationalistischen Exzesse der Türken kühles Blut; zwar protestierte er gegen die Massenvertreibung von Hellenen, milderte aber diesen Protest durch den Vorschlag eines geregelten Bevölkerungsaustausches zwischen mazedonischen Muslimen und thrazischen Griechen<sup>64</sup>).

In Istanbul fand diese Idee anfänglich wenig Anklang, denn dort erwartete man eine Lösung der Probleme durch Waffengewalt. Die Jungtürken rechneten damit, nach Erhalt der zwei Kriegsschiffe aus England im Herbst die Oberhand in der Ägäis zu haben; bis dahin galt es also, Zeit zu gewinnen: „Würde Griechenland der Türkei vorher den Krieg erklären, so dürfte diese nicht zögern, sich Bulgarien anzuschließen. Rußland würde sich dann kaum die Gelegenheit entgehen lassen, diese Verbindung als Basis eines neuen Balkanbundes unter seine Fittiche zu nehmen“, schrieb *Wangenheim* nach Berlin. Gerade dies wollte Deutschland verhindern, weshalb *Jagow* die Türken beschwor, *Venizelos'* Angebot anzunehmen und so den Grundstein für eine türkisch-griechisch-rumänische Allianz zu legen, die ein echtes Gegengewicht gegen den Block slawischer Staaten im Osten Europas bilden könnte. *Wangenheim* bezweifelte zwar das Gelingen einer solchen Politik<sup>65</sup>) und hielt die Schaffung einer türkisch-bulgarisch-rumänischen Verbindung für aussichtsreicher, traute sich jedoch eine Lösung der Inselfrage zu: „Gelingt uns dies, so haben wir wenigstens zur Beseitigung einer Frage beigetragen, aus

---

<sup>64</sup>) GP 36/II, Nr. 14572, 14575, 14578 und 14583. Zuvor hatten sich *Ghalib Bey* und der neue griechische Außenminister *Streit* in einem Notenwechsel gegenseitig bestätigt, daß im Herrschaftsbereich ihrer Regierungen jeweils alles in bester Ordnung sei und die Minderheiten vollen Schutz und Gleichberechtigung genössen (*Ghalib Kemal*, *Le Martyre d'un peuple. Les Turcs demandent une paix juste, prompte et durable.* Rom 1919, S. 40 f.).

<sup>65</sup>) Der Botschafter schrieb: „Eine wirkliche Versöhnung zwischen Hellenismus und Ottomanentum wird kein Kenner des Orients für möglich halten. Niemals wird Griechenland seine byzantinischen Hoffnungen aufgeben. Dafür haben Schule und Kirche... seit 90 Jahren gesorgt... Daß die Griechen heute mehr denn je den Besitz von Konstantinopel und der von den Hellenen bewohnten Küste Kleinasiens erstreben, davon habe ich mich während meines letzten Aufenthaltes auf griechischem Boden überzeugen können.“ Griechische Seeoffiziere hätten es ihm gegenüber als Selbstverständlichkeit bezeichnet, daß bei der nächsten Auseinandersetzung mit der Türkei der Kreuzer *Averoff* bis Konstantinopel vordringen werde, und König *Konstantin* habe ihm den Marschallstab mit dem byzantinischen Kaiseradler gezeigt, den ihm das griechische Offizierskorps verliehen habe (GP 36/II, Nr. 14587 und Anlage).

welcher, wenn sie ungelöst bleibt, in absehbarer Zeit ein neuer, den Weltfrieden bedrohender Konflikt im Ägäischen Meere entstehen muß<sup>66</sup>).“

## 6. Die Vertreibung der nationalen Minderheiten

Durch die Maßnahmen des CUP gegen die christliche Minderheit in Ostthrazien, d. h. die Vertreibung aller 50 000 bulgarischen und von rund 20 000 hellenischen Bewohnern des Gebiets, erhielt der griechisch-türkische Streit um die Zukunft der Ägäis-Inseln eine neue Dimension. Ging es bisher um die Annexion einzelner Inseln, so stand jetzt die Existenz der jahrtausendealten hellenischen Diaspora auf dem Spiel. Die Jungtürken versuchten ganz bewußt, das christliche Element in Ostthrazien, dem einzigen ihnen verbliebenen Bollwerk osmanischer Herrschaft in Europa vor der Hauptstadt Konstantinopel, zu vertreiben und durch muslimische Einwanderer aus Mazedonien zu ersetzen. Die Behauptung des dafür verantwortlichen Innenministers *Talât Bey*, daß die eingeleiteten Maßnahmen lediglich ein Druckmittel zur Lösung der Inselfrage darstellten, war irreführend. Vielmehr entsprangen sie dem Willen des CUP, einen möglichst einheitlichen Nationalstaat zu schaffen. Der Botschafter Frankreichs, *Maurice Bompard*, verglich dieses Bestreben mit den gleichgerichteten Bemühungen der Balkanvölker und anerkannte dessen historische Berechtigung: „C'est une liquidation douloureuse mais définitive d'une situation dont ni la Turquie ni l'Europe n'ont su depuis un siècle trouver la remède<sup>67</sup>).“

Die Türken rechtfertigen ihr Vorgehen mit dem Hinweis auf die Vertreibung bzw. Unterdrückung der muslimischen Minderheit in Mazedonien. Tatsächlich mußte selbst der hellenophile *Elliot* zugeben, daß das Verhalten der Griechen in dem von ihnen eroberten Gebiet alles andere als vorbildlich sei: „Houses are forcibly entered and ransacked under pretence of a search for arms; soldiers are billeted upon Musulman houses with the result that women are obliged to seek shelter elsewhere; villagers invade the properties of Moslem landowners and raise factitious objections to their hitherto undisputed title, which are referred for adjudication to the tedious procedure of Courts of Law while in the meantime the owners are deprived of the benefit of their estates; the elections of Muftis are not allowed; the Vacouf revenues are encashed by the government officials, and when

<sup>66</sup>) Ebenda. *Wangenheim* bezweifelte allerdings, daß dies auf der in Korfu gefundenen Basis möglich sein werde, denn die Jungtürken würden keinesfalls auf die Souveränität über die genannten Inseln verzichten. Sollte *Said Halim Paşa* sich mit der Suzeränität zufriedengeben wollen, so wäre er keinesfalls stark genug, um diese Politik im CUP durchzusetzen.

<sup>67</sup>) DDF III/10, Nr. 165 und 168. In gleicher Weise äußerte sich der britische Botschafter: „Granted the existence of Turkish rule in Europe, however much we may condemn the methods recently employed, it is impossible to deny that the Ottoman Government are not justified in the interests of self-preservation in desiring to rid Thrace of people who to a certain extent act as an advance guard of Hellenism within the Empire, and to replace them by a population which is loyal to the Khalif.“ (FO 1966, 6.5.14 *Mallet*.)

the Turkish consuls complain of these proceedings, they are told that they have no right of interference in local matters.<sup>68)</sup>“

Für die von ihm behauptete Flucht der Griechen aus Thrazien nannte *Talât* folgende Gründe: „1. Lettres d’invitation avec promesses alléchantes adressés par des Grecs et notamment des déserteurs s’élevant à 12 000, réfugiés en Grèce. 2. Espoir de s’enrichir en prenant possession des biens abandonnés en Macédoine et ailleurs par les émigrants musulmans. 3. Crainte d’être traduit devant la justice pour des dommages infligés aux Musulmans pendant l’occupation bulgare. 4. Crainte d’être condamnés pour les attentats commis contre les Musulmans lors de cette occupation et la peur d’une vengeance de la part de ceux-ci<sup>69)</sup>.“

Die Griechen ließen diese Begründung nicht gelten und suchten ihr eigenes Vorgehen mit dem Hinweis zu rechtfertigen, daß seit Beginn des Balkankonflikts weit mehr Muslime aus Serbien und Bulgarien ausgewandert seien als aus Griechenland, nämlich 90 900 bzw. 45 900 gegenüber 24 296. Ferner habe man sich vor einem möglichen Aufstand der türkischen Minderheit schützen müssen, und im übrigen sei bekannt, daß bei jedem Vordringen feindlicher Armeen ein Großteil der Moslembevölkerung das Kampfgebiet verlasse, da sie es vorziehe, in einer fremden Umgebung unter der Herrschaft des Chalifen zu leben als in ihrer Heimat in einem christlichen Staat<sup>70)</sup>.

Am 22. April bat die griechische Regierung die Mächte Europas, etwas zugunsten der verfolgten Hellenen in der Türkei zu tun, zumal das ethnographische Gleichgewicht im Orient gewaltsam zerstört werde. In London war man dazu nicht bereit; Unterstaatssekretär Sir *Arthur Nicolson* verwies den griechischen Gesandten darauf, daß ähnliche Bitten aus verschiedenen Hauptstädten Südosteuropas an ihn herangetragen worden seien, da es sich offenbar um ein als Folge der Balkankriege allgemein verbreitetes Phänomen handle — mit all seinen menschlichen Leiden und den schwer kontrollierbaren Beschwerden: “In these circumstances, were H. M. G. especially to select Thrace for representations, there would be loud demands that they should also take up the case of other districts and provinces, where the same work has been carried on by the interested nations, and this was more than we could care to do<sup>71)</sup>.“

---

<sup>68)</sup> FO 1996, 18.4.14 *Elliot*.

<sup>69)</sup> Ghalib Kemaly, op. cit., S. 39f.

<sup>70)</sup> FO 1996, 8.4.14 *Elliot*. Der offiziöse *Tanin* zählte übrigens 200 000 moslemische Flüchtlinge aus Neu-Griechenland; davon seien 100 000 über Samsun nach Anatolien geschickt worden und 65 000 in das Vilayet Aydin geströmt (FO 1996, 2.5.14 *Mallet*). Der britische Generalkonsul in Saloniki meinte, bis einschließlich Juni 1914 seien 262 000 Moslems aus Mazedonien ausgewandert, davon  $\frac{2}{3}$  aus dem griechisch besetzten Teil. Insgesamt gesehen sei die griechische Verwaltung keinen Deut besser als die türkische Mißwirtschaft; man müsse bei einem Urteil jedoch berücksichtigen, „that Greece, as a small country... is inclined to resent and repress with a heavy hand any attempt to revolt against or diminish its authority. Its inexperience makes it somewhat sensitive and explains... to some extent its arrogance and chauvinism.“ (FO 1997, 20.6. und 20.7.14 *Morgan*.)

<sup>71)</sup> FO 1996, 22.4.14 *Nicolson*.



Mitte Juni wurde aus dem Boykott in Kleinasien eine regelrechte Verfolgung des hellenischen Elements. Dabei konnten nach Feststellung des britischen Konsuls *Heathcote-Smith* zwei Methoden des Vorgehens der Türken beobachtet werden, die im folgenden an den Ereignissen in Pergamon bzw. Phokia dargestellt werden, beides Orte mit starker griechischer Bevölkerung im Vilayet Aydin:

“Turks at Pergamon gave dark hints to Greeks that trouble was in the air; others in the way of friendly advice told Greeks they ought to leave before a given day, if they valued their lives. The boycotters became more insolent . . . strange new scowling faces appeared in the town, doors were knocked at during the night, anonymous letters were received, one or two men were beaten and an atmosphere of impending trouble was created . . . Suddenly one evening when the Pergamon Greeks were already half-distracted by the nervous condition this atmosphere of terrorization had produced, four leading Greeks there received wires signed by a well-known Greek of Dikili, the nearest coast town: ‘General massacre of Greeks has started here; fly for your lives at once’. The Kaimakam . . . knowing the telegrams to be forged, is soon surrounded by a band of panic-stricken Greeks clamouring for protection. His answer is: ‘Frankly, I am fast losing control of the situation; I will, however, personally be responsible for your safety tonight, but from daybreak on, I can guarantee nothing.’ Faced with the hideous possibility of a massacre, the Pergamon Greeks . . . put into bundles what little they can during the night; by sunrise the trek begins and in a few hours the town is cleared of the hated Greeks.”

Anders sei es in Phokia gewesen: “The riff-raff whom the Boycott Organisation collected from Macedonians and among whom are some of the most notorious bandits of Turkey in Europe, got out of hand in the Dardanelles district. Having tasted blood and glutted with plunder in the North, they made their way southwards seeking for fresh prey.”

Die Regierung wünsche das zwar nicht, doch fürchte sie, durch ein scharfes Einschreiten die Gefahr eines Bruchs mit der mächtigen Boykottorganisation zu vergrößern: “Thus the Government’s only immediate course was to sacrifice Phokia before which these bandits had arrived somewhat unexpectedly and concert with the Comité as to the measures to be taken after . . . Finally Talaat Bey was called for and arrived at Menemen . . . just as the raiders, having sacked Phokia . . . arrived there on Sunday afternoon . . . fully determined to sack the town with its 5500 Greeks that evening . . . The Vali Rahmy Bey was at last alarmed and realised that after Menemen, Cordelio, the suburb of Smyrna, and finally Smyrna would be the towns which the raiders would then turn their immediate attention.” Er habe sich daher persönlich nach Menemen begeben und dafür gesorgt, daß rund 50 der Übeltäter verhaftet worden seien; die übrigen 200 “slunk away seeing that for some to them incomprehensible reason the Government wished to stop their further progress”<sup>72</sup>).

Infolge der gegen sie gerichteten Maßnahmen konnten sich auf der den griechischen Ägäis-Inseln gegenüberliegenden Küste nur die Griechenkolonien in Aivali (25 000) und in der Region Smyrna (230 000) vorläufig behaupten. Vertrieben wurden nach britischen Angaben 117 000 Griechen, davon 45 000 aus dem Gebiet

---

<sup>72</sup>) FO 1997, 8.7.14 *Heathcote-Smith*; vgl. auch den Bericht des deutschen Konsulatsdragoman in Smyrna, *Doublis*, in AA Türkei 168, Band 10, 19.6.14 *Wangenheim*.

von Çeşme, 15 000 aus Kassaba und Edremit, 18 000 aus Pergamon-Dikili, 14 000 aus Karaburun, 13 000 aus Phokia und Umgebung, 7000 aus Burhanié-Kemer, 5000 aus Balikesir und 2000 aus Menemen<sup>73)</sup>. Auch die griechischen Bewohner der Umgebung von Samsun am Schwarzen Meer wurden von fanatisierten Flüchtlingen und CUP-Agitatoren in die Flucht getrieben, bis der Metropolit der Stadt sich hilfesuchend an das russische Konsulat wandte, worauf die Bewegung nachließ. Verschont wurden lediglich die griechischen Siedlungen im Landesinnern, die ein wertvolles Pfand in der Hand der Türken darstellten.

Daß es im Verlauf der Griechenvertreibung zu schweren Ausschreitungen kam, bei denen türkische Banden ganze Ortschaften zerstörten, mußte selbst *Talât Bey* zugeben. Er versprach jedoch, künftig mit äußerster Strenge gegen Missetäter vorzugehen; auch billigte er den Vorschlag der griechischen Regierung, in Saloniki und Smyrna gemischte Kommissionen einzusetzen, die den Beschwerden der Vertriebenen nachgehen und eine möglichst geordnete Durchführung des Bevölkerungsaustausches in die Wege leiten sollten. Zugleich kritisierte er den Ökumenischen Patriarchen, der sich für seine Gläubigen einsetzte, und drohte, ihn und seine Hintermänner als Landesverräter vor Gericht zu stellen, sofern sie sich wegen der Griechenverfolgung an die Vertreter der Großmächte wandten. Ernster zu nehmen waren allerdings Überlegungen der Pforte, das Patriarchat allmählich in eine Art „Ministerium für die Angelegenheiten der Orthodoxen“ umzuwandeln, um ihm den Charakter einer „Zentralstelle hellenistischer Propaganda“ zu nehmen. Angeblich hatte Rußland diesen Plänen während des Besuchs einer türkischen Regierungsdelegation in der Sommerresidenz des Zaren (Livadia) bereits seine Zustimmung erteilt<sup>74)</sup>.

Angesichts der sich ständig verschlechternden Situation traf *Venizelos* Vorbereitungen, um erneut in die europäischen Hauptstädte zu reisen und die Großmächte zum Einschreiten zu bewegen. Auch der Gedanke eines Präventivkriegs wurde in Betracht gezogen, solange die maritime Überlegenheit Griechenlands in der Ägäis noch bestand. Doch die Jungtürken ließen sich davon nicht abschrecken, da sie sich auf dem Festland unverwundbar glaubten und mit Recht davon ausgingen, daß die Großmächte eine Blockade türkischer Häfen oder gar der Meerengen nicht gestatten würden; die Griechen besaßen daher kein unverfängliches Angriffsziel. *Said Halim Paşa* war der Meinung, daß sie neue Vorschläge für eine Lösung der Inselfrage unterbreiten müßten; die unter deutschen Auspizien in Korfu ausgearbeiteten seien absolut indiskutabel. Die Bereitschaft *Venizelos'*, die griechische Bevölkerung des Vilayets Aydin in den Bevölkerungsaustausch miteinzubeziehen, genügte ihm nicht. Vor allem aber warnte er vor einer eigenmächtigen

---

<sup>73)</sup> AA Türkei 168, Band 10, 10. 6. 14 *Wangenheim*; FO 1997, 8. 7. 14 *Heathcote-Smith*; 15. 7. 14 *Beaumont*.

<sup>74)</sup> AA Türkei 168, Band 9, 20. 5. 14 *Wangenheim*; GP 36/II, Nr. 14 601. Zu den Besprechungen in Livadia vgl. die russische Darstellung in IBZI I. 3, Beilage. Danach eröffnete *Talât Bey Sazonov*, daß die Türkei mit Griechenland ein Abkommen über die Inseln einschließlich eines Defensivbündnisses gegen Bulgarien geschlossen habe.

Annexion der Inseln durch Athen, da dies das Verhältnis der beiden Nachbarstaaten auf Dauer vergiften und jede Aussicht auf eine friedliche Einigung definitiv ausschließen würde<sup>75)</sup>.

## 7. Griechisch-türkische Verhandlungen über Inselfrage und Bevölkerungsaustausch

Mitte Mai 1914 begannen Griechen und Türken über den Rußlandkorrespondenten des *Daily Telegraph*, *Emile Joseph Dillon*, geheime Verhandlungen über eine Regelung der Inselfrage. Gleichzeitig breitete sich die Griechenverfolgung im Osmanischen Reich weiter aus und ergriff die Ortschaften an den Meerengen sowie das kompakte, auf dem Festland gegenüber Mitylene gelegene griechische Siedlungsgebiet. Zwar versicherte die Pforte, die Lokalbehörden strengstens angewiesen zu haben, die Kampagne zur Austreibung der Hellenen einzustellen. Aber die diesbezüglichen Erlasse waren offensichtlich nur zur Täuschung des Auslandes bestimmt. Schließlich erklärte sich die Regierung außerstande, der „Fluchtbewegung“ der Griechen Einhalt zu gebieten, da Beamtschaft und Bevölkerung Kleinasiens von einem tödlichen Griechenhaß erfaßt seien und in ihren Gefühlen durch die Erzählungen der aus Neu-Griechenland zurückkehrenden muslimischen Flüchtlinge bestärkt würden. Botschafter *Wangenheim* übernahm die Version von Repressalien für in Mazedonien begangene Greuelthaten, riet jedoch den Türken, sich nicht durch griechische Provokationen zu Ausschreitungen verführen zu lassen, sondern Truppen in die betroffenen Gegenden zu schicken, die allein die Ruhe und Ordnung für alle osmanischen Staatsbürger wiederherstellen könnten<sup>76)</sup>.

Im Gegensatz zu seinem Botschafter glaubte *Wilhelm II.* nicht an ein Einlenken der Pforte: „Die Jungtürken gehen nur nach der Popularität! Sie werden die armen Griechen durch Verfolgung und Massacres so lange provozieren, bis Venedizelos stürzt oder nachgeben muß! und dann ist der Krakel da . . .“<sup>77)</sup> Seiner Ansicht nach mußten die europäischen Großmächte eingreifen und für die Christen im Orient Partei nehmen, „d. h. die Türkei aufteilen“. An eine solche Radikalkur war jedoch im Frühsommer 1914 nicht zu denken, und schon gar nicht konnte Deutschland eine Initiative in dieser Richtung ergreifen. Europa beruhigte sich daher, als die türkische Regierung Mitte Juni den Belagerungszustand über das Dardanellengebiet und das Vilayet Aydin verhängte. Mit den Truppen, die sie dorthin zur Aufrechterhaltung der Ordnung entsandte, kamen zwei Offiziere der deutschen Militärmission an den Ort des Geschehens, General *Weber* und Admiral *Schack*, deren Berichte das Verständnis für die türkischen Maßnahmen in

---

<sup>75)</sup> GP 36/II, Nr. 14596, 14598, 14600; Ghalib Kemaly, op. cit., S. 43—45.

<sup>76)</sup> GP 36/II, Nr. 14602 und 14603.

<sup>77)</sup> GP 36/II, Anm. zu 14603.

Deutschland vertiefen mußten, zumal die vertriebenen Hellenen eher Parteigänger der Entente als des Dreibundes waren<sup>78)</sup>.

In Griechenland warf das türkische Vorgehen natürlich hohe Wellen; *Venizelos* wurde von allen Seiten bestürmt, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und die Flotte zu mobilisieren, um notfalls einige türkische Häfen in der Ägäis blockieren und deren Zollämter beschlagnahmen zu können. Die Regierung ließ es jedoch bei einem Protest und dem Verlangen nach Schadenersatz bewenden; zudem forderte sie die Einstellung der zwangsweisen Vertreibung und die Durchführung eines geordneten Bevölkerungsaustausches. Das Patriarchat in Konstantinopel schloß am 7. Juni aus Protest gegen die Untätigkeit der Pforte gegenüber der Christenverfolgung alle orthodoxen Kirchen und Schulen. Ferner plante es die Entsendung einer Kirchendelegation, die den Zaren und die Herrscher der Balkanstaaten wenigstens zu moralischer Hilfe für die bedrängten Hellenen auffordern sollte<sup>79)</sup>.

Der Großwesir sah hinter all diesen Mißfallensbekundungen der Griechen die Hand *Venizelos'*, der auf diese Weise die Annexion der Inseln propagandistisch vorbereiten wolle; im übrigen hätte er es begrüßt, wenn der Ökumenische Patriarch Istanbul verlassen und sich in einer nichttürkischen Stadt niedergelassen hätte. Die wirtschaftlichen Nachteile der Austreibung der geschäftstüchtigen hellenischen Minderheit machten ihm keine Sorgen. Auf einige Bemerkungen des britischen Botschafters *Mallet*, die auf die Nützlichkeit, ja Unentbehrlichkeit des griechischen Kleinhandels in Ägypten, der Heimat *Said Halim Paşas*, hinwiesen, antwortete der Großwesir lediglich, er ziehe das Verschwinden dieser Elemente vor, da sie eine Quelle der Korruption und die Ursache für den Untergang der Bauernschaft darstellten. Darüber hinaus betonte er, daß die aus Mazedonien vertriebenen Muslime unter den Greueln der Sieger viel stärker zu leiden gehabt hätten als umgekehrt. Hunderte von türkischen Frauen seien von den Griechen an den Füßen aufgehängt worden, um sie zur Preisgabe der Waffenverstecke ihrer Männer zu zwingen<sup>80)</sup>.

*Talât Bey* bezeichnete die griechischen Behauptungen über Massaker und Unruhen in Kleinasien als tendenziös übertrieben; zwar seien einige verlassene Christendörfer von muslimischen Flüchtlingen besetzt worden, die Behörden hätten sie aber inzwischen wieder räumen lassen und die an der illegalen Aktion beteiligten Beamten und Offiziere abgesetzt. Um seinen guten Willen zu beweisen, bot der Innenminister an, in Begleitung von Vertretern der Großmächte in das Vilayet Aydin zu reisen und dort nach dem Rechten zu sehen, wie er es bereits in Ostthrazien getan hatte. Bedingung sei jedoch, daß in ähnlicher Weise auch die türkischen Klagen über die Verfolgung der Muslime in Neu-Griechenland untersucht würden. Der Wunsch war berechtigt, wurde aber in Athen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Königreichs abgelehnt. Dennoch ging eine Internationale Beobachterkommission am 21. Juni nach Smyrna ab, wohl wissend, daß

<sup>78)</sup> DDF III/10, Nr. 373, 375, 379 und 385; AA Türkei 168, Band 10, 15. 6. 14 *Wangenheim*.

<sup>79)</sup> FO 1996, 8., 9. und 12. 6. 14 *Mallet*; FO 1997, 17. 6. 14 *Mallet*; GP 36/II, Nr. 14 611.

<sup>80)</sup> FO 1996, 27. 5. 14 *Mallet*; GP 36/II, Nr. 14 608.

ihr Auftreten entweder den Türken ein Alibi verschaffen oder den Großmächten eine gewisse Verantwortung für das Schicksal der Vertriebenen aufladen würde<sup>81)</sup>.

Nachdem Rumänien nach einem Besuch *Talât Beys* in Bukarest klargestellt hatte, daß es ein kriegerisches Vorgehen Griechenlands in der Inselfrage als ungerechtfertigt betrachten und das verbündete Königreich daher nicht gegen einen bulgarischen Angriff abschirmen würde, wurde allen Verantwortlichen in Athen klar, daß der Konflikt mit friedlichen Mitteln gelöst werden müsse. *Venizelos* war dazu bereit; er begann am 17. Juni mit *Ghalib Kemal Bey* einen intensiven Meinungsaustausch und beauftragte zugleich *Dillon*, in Istanbul mit *Talât Bey* zu sprechen. Als Verhandlungsgrundlage diente folgender Vorschlag: 1. Chios, Mitylene und Samos verbleiben unter türkischer Suzeränität und werden von einem Prinzen des griechischen Königshauses als Generalgouverneur oder Vizekönig regiert. 2. Die Türkei garantiert die Rechte und den Schutz ihrer hellenischen Staatsbürger. 3. Es wird eine gemischte Kommission aus je zwei Vertretern der Betroffenen und einem neutralen Vorsitzenden, den der Schweizer Bundespräsident ernennen sollte, eingesetzt, die für die Durchführung des Bevölkerungsaustausches verantwortlich ist. Sollte eine Einigung auf dieser Basis zustandekommen, so war *Venizelos* entschlossen, mit *Talât Bey* auf neutralem Boden (vorzugsweise in der Schweiz) zusammenzutreffen und das griechisch-türkische Verhältnis auf eine neue Ebene (Defensivallianz!) zu heben<sup>82)</sup>.

Die Aussichten für eine Einigung standen nicht schlecht, denn zum einen war es Griechenland gelungen, in den USA zwei Kriegsschiffe zu erwerben<sup>83)</sup>, die das militärische Gleichgewicht in der Ägäis, das durch die Ankunft der beiden türkischen Dreadnoughts gestört werden mußte, wiederherstellten, zum andern hatten die Türken fast die ganze griechische Bevölkerung des westanatolischen Küstenstrichs vertrieben. Den strategischen Sicherheitsbedürfnissen beider Staaten war somit im wesentlichen Genüge getan. Am 12. Juli 1914 erklärte die Pforte ihre Bereitschaft, den Großwesir zur Regelung der Inselfrage nach Brüssel zu entsenden, wo er am 20. eintreffen sollte. *Venizelos* stimmte einem Treffen mit ihm zu, obwohl er es vorgezogen hätte, mit *Talât* zu konferieren, dessen Wort weit mehr Gewicht besaß als dasjenige des im CUP relativ einflußlosen *Said Halim Paşa*. Als drei Tage später der türkische Ministerrat, zweifellos unter dem Eindruck der Verschärfung der internationalen Lage infolge der Ermordung des österreichi-

<sup>81)</sup> GP 36/II, Nr. 14608, 14613 und 14614. *Crowe* hatte von einer Beteiligung Englands abgeraten, denn: „When a British delegation was in somewhat similar circumstances attached to a Turkish commission in Macedonia some years ago, the situation was found...to be somewhat invidious.“ (FO 1997, Anm. zu 17. 8. 14 *Mallet*.)

<sup>82)</sup> GP 36/II, Nr. 14616, 14621, 14624; FO 1997, 2. 7. 14 *Erskine*; 9. 7. 14 *Mallet*; British Documents on the Origins of the War (BD), Band XI/I, Nr. 293—297.

<sup>83)</sup> Es handelte sich um zwei ältere Schlachtschiffe (Mississippi und Idaho), deren Erwerb Außenminister *Streit* angesichts der Friedenspolitik des US-Präsidenten *Woodrow Wilson* kaum für möglich gehalten hatte: „He had probably underestimated the strain to which the pacific principles of the US Government would be subjected by the prospect of getting the whole original cost of two more or less out-of-date battleships.“ (FO 1998, 1. 7. 14 *Erskine*.)

schen Thronfolgerpaares in Sarajevo, seine Bereitschaft zum Entgegenkommen wieder einschränkte, brach *Dillon* seine Vermittlungsmission enttäuscht und verärgert ab, ohne zuvor *Venizelos* informiert oder um Weisung gebeten zu haben<sup>84</sup>).

Die Jungtürken beteuerten zwar weiterhin ihre prinzipielle Gesprächsbereitschaft, rechneten jedoch nicht ohne Grund damit, daß das Gewicht der Türkei in der heraufdämmernden Weltkrise immer fühlbarer und stärker werden würde. Folglich stellten sie mit der Forderung nach Stationierung türkischer Truppen auf den drei genannten Inseln und der Beibehaltung osmanischer Zollämter bewußt Bedingungen auf, die Athen schwerlich annehmen konnte. Vergeblich appellierte König *Konstantin* an seinen Schwager, ihn bei der Suche nach einer gerechten Regelung des Inselproblems zu unterstützen. *Wilhelm II.* war bereits vollständig von der Idee gefesselt, einen Balkanbund gegen Rußland zu schmieden, um Österreich-Ungarn im Süden zu entlasten. Dazu benötigte er neben Bulgarien und Rumänien vor allem das Osmanische Reich, dessen Armee nach Aussage *Liman von Sanders*<sup>85</sup>) in einem solchen Ausmaß griechenfeindlich war, daß an ein Bündnis der Türkei mit Griechenland nicht gedacht werden konnte, vielmehr ein türkischer Angriff auf das Königreich zu befürchten war, sofern es auf dem Balkan zu einem neuerlichen Konflikt kam<sup>86</sup>).

Von den Griechen erwartete der deutsche Kaiser, daß sie auf keinen Fall die Türkei, „einen mir wertvollen Dreibundfreund“, angreifen würden, wenn diese Österreich im Kampf gegen die Slawen beistehen sollte; sie selbst müßten sich ebenfalls auf die Seite der Doppelmonarchie stellen, „sonst hört meine Freundschaft auf“<sup>87</sup>). Es waren nicht solche Drohungen, sondern die Eigeninteressen Griechenlands, die *Venizelos* bewogen, die begonnene Verständigungspolitik fortzusetzen. Am 21. Juli reiste er in Begleitung des Generalsekretärs im Außenministerium, *Nikolaos Politis*, nach Bad Gastein, wo er auf Nachricht *Said Halim Paşas* warten und ihm den Vorschlag unterbreiten wollte, die drei Inseln zu einem autonomen Gebiet innerhalb des Königreichs zu machen, dessen Gouverneur nur mit Zustimmung der Türkei ernannt werden konnte<sup>88</sup>). Der Kriegsausbruch zwischen Österreich-Ungarn und Serbien am 28. Juli verhinderte jedoch die für den 30. geplante Begegnung zwischen dem griechischen Ministerpräsidenten und dem türkischen Großwesir. Zugleich veranlaßte er *Rahmi Bey*, endlich die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu treffen<sup>89</sup>).

---

<sup>84</sup>) BD XI/I, Nr. 299, 300 und 304; GP 36/II, Nr. 14643.

<sup>85</sup>) D. h. des Kommandanten der deutschen Militärmission in der Türkei.

<sup>86</sup>) AA Türkei 168, Band 11, 21.7.14 *Wangenheim*; BD XI/I, Nr. 306.

<sup>87</sup>) GP 36/II, Anm. zu Nr. 14647; vgl. auch ÖUAP 8, Nr. 10645.

<sup>88</sup>) DDF III/10, Nr. 543.

<sup>89</sup>) Der deutsche Generalkonsul *Humbert* hatte einen Monat zuvor beklagt, daß selbst jetzt, nach der Vertreibung von einem Drittel der orthodoxen Bevölkerung des Vilayets Aydin, nirgends Maßnahmen getroffen würden, um die Übriggebliebenen in ihrem Eigentum zu schützen: „Wenn man bedenkt, wie kindlich und unerfahren und infolgedessen ultratolerant in politischer und religiöser Hinsicht die türkische Bevölkerung der hiesigen Provinz bisher aufgewachsen ist, und wie nun mit einem Mal der

Die letzte Runde der griechisch-türkischen Verhandlungen über eine Lösung der Inselfrage fand Ende August 1914 in Bukarest statt, wo *Talât* mit dem griechischen Politiker *Alexander Zaimis* und *Politis* zusammentraf. Während die Griechen zurückhaltend auftraten, verlangten die Jungtürken im Vollgefühl ihrer durch die Mobilmachung der Armee neugewonnenen Stärke nichts weniger als die türkische Souveränität über Lemnos, Samos, Chios und Mitylene, die lediglich einen vom Sultan ernannten christlichen Gouverneur und die Autonomie erhalten sollten. Gehe Athen darauf nicht ein, so bedeute das Krieg, äußerte *Talât* drohend. *Venizelos* ließ sich nicht einschüchtern, sondern legte drei Gegenvorschläge vor: 1. Verpachtung von Chios und Mitylene an die Türkei für 25 bis 50 Jahre; 2. Autonomie für die beiden Inseln und Samos unter einem Gouverneur, der zuerst von Griechenland und der Türkei gemeinsam ernannt, danach von der Bevölkerung gewählt wird; 3. Autonomie der Inseln unter einem Gouverneur, den der Sultan aus den früheren griechischen Ministerpräsidenten auswählt<sup>90</sup>).

*Talât* lehnte eine Einigung auf dieser Basis ab und machte statt dessen eine Erklärung Griechenlands, daß es im Europäischen Krieg eine absolut neutrale Stellung einhalten werde, zur Vorbedingung jeden Kompromisses in der Inselfrage. Obgleich er diese nicht erhielt, mußte er auf eine Bestrafung des Königreichs verzichten, denn das Deutsche Reich benötigte die türkische Wehrkraft für den Krieg gegen Rußland und konnte keine nutzlose Diversion am Balkan zulassen, zumal das Opfer ein mit dem Kaiser eng verwandtes Königshaus sein würde. Damit war allerdings auch das Schicksal der Inselverhandlungen besiegelt; sie wurden am 10. September von den Türken abgebrochen, ohne daß man über ein Datum für ihre Wiederaufnahme einig geworden wäre<sup>91</sup>).

---

Kaufmann, von dem sie ihre Lebensbedürfnisse bezog, der Landeigentümer, dessen Acker sie bestellte, der Geldgeber, dem sie ihre Rosinen und Feigen verkaufte und ihre Kredite langsam abbezahlte, ihr von den zahlreichen Hetzaposteln, die im Lande umherziehen, als der Landesfeind bezeichnet wird, der bisher ‚ihr Eigentum verzehrte‘ (so die eigenen Worte des Vali) und dessen Eigentum sie nunmehr verzehren und sich aneignen darf, so sieht jeder, daß es sehr viel wirksamerer und aufrichtig durchgeführter Mittel bedarf, um die Gefahr abzuwenden, die die bisherige Politik der Jungtürken über diese reiche und friedliche Provinz heraufbeschworen hat. Ohne solche Mittel kann und wird der Boykott nicht aufhören, dessen Folge auf die Dauer nur die gänzliche Entvölkerung und Verarmung der hiesigen Provinz sein kann.“ (AA Türkei 168, Band 11, 25.6.14 *Humbert*.) Nach Aussage des britischen Vertreters erklärte *Rahmi Bey* offen, daß auch die noch verbliebenen griechischen Stützpunkte an der ägäischen Küste liquidiert werden müßten, während die 150 000 Griechen des Hinterlandes bleiben sollten, um als Geiseln für das Wohlverhalten Griechenlands gegenüber der Türkei zu bürgen (FO 1997, 1.8.14 *Heathcote-Smith*).

<sup>90</sup>) George B. Leon, *Greece and the Great Powers 1914—1917*, Thessaloniki 1974, S. 34f. und 51.

<sup>91</sup>) Ebenda, S. 52—55.

**Dokumentenanhang**

**Nr. 1**

**Schmidt an Bülow**

(AA Türkei 94, Band 172)

Jerusalem, den 11. August 1909

[Nach Erhalt einer Anweisung des Zentralkomitees des CUP zum Boykott aller griechischen Waren aus Protest gegen die Kretapolitik der Athener Regierung ruft das lokale Parteikomitee zu einer Protestversammlung auf:] ... Gleich nach 10 Uhr fanden sich zahlreiche Beamte im Stadtgarten ein, vor allem die zum Komitee gehörigen mit ihrem Präsidenten, dem Maarev Müdiri (Direktor des Unterrichtswesens). Der stellvertretende Gouverneur soll auch dagewesen sein. Zunächst wurde die Beschwerde eines Griechen besprochen, der angeblich von Mohammedanern geohrfeigt worden sein soll. Der Grieche wurde beruhigt, die Angelegenheit aber anscheinend als Anlaß benutzt, um das Volk nachher zur Ruhe zu ermahnen und zur Beschränkung der Aktion gegen die Nationalgriechen auf den Abbruch der Handelsbeziehungen.

Gegen 11 Uhr erschienen die Teilnehmer der Versammlung zum Teil in geschlossenen Trupps, mit Hoch- und Heilrufen auf die Türkei sowie gegenteiligen Wünschen für Griechenland. Die Zahl der Teilnehmer mag etwa 500 betragen haben, darunter verhältnismäßig viele Juden.

Acht Redner sprachen zum versammelten Volk. Der erste, ein jüngerer, als Zeitungsredakteur tätiger Muhammedaner, hob, wie alle nachfolgenden, die Schmach hervor, die das kleine Griechenland, das vor einem Jahrhundert noch eine Provinz der Türkei gewesen sei, dieser anzutun suche durch die kretischen Annexionsbestrebungen; daß die nunmehr gefestigte konstitutionelle Türkei sich das nicht einmal von einer Großmacht bieten lassen dürfe, viel weniger von dem kleinen Griechenland. 25 Jahre hätten die Ottomanen bereits ihr Blut vergossen für die Erhaltung der schönen Insel und sie müsse gehalten werden, auch wenn noch 25 Jahre gekämpft werden müßte. Vorerst sei es aber noch nicht so weit; man wolle zuerst das Mittel des Handelskrieges versuchen; über den Boykott hinaus solle zunächst kein Ottomane den Griechen Schaden an Leib und Leben zufügen. Nachher sprachen, ohne etwas Neues hinzuzufügen, mehrere christliche Kaufleute und der Israelit Yellin, der zuerst hebräisch, dann arabisch sprach. Nach ihnen ist Kreta die schönste Provinz der Türkei, in militärischer Beziehung ihr Malta und Gibraltar. Von der Boykottbewegung versprechen sich alle Redner Erfolg, wie man ja auch durch das gleiche Mittel Österreich bezwungen habe. Ein Redner erwähnte sogar den Raub der Insel Cypern, was sich nicht mehr wiederholen dürfe. Als letzter und bester Redner trat der muhammedanische Schech Musa el Budeiri, Lehrer an der hiesigen türkischen Realschule, auf. Er betonte, daß in jetziger Zeit das Volk an der Regierung teilnehmen und durch öffentliche Kundgebung seiner Meinung dem Herrscher und den Ministern den Rücken stärken müsse. Kein Atom der vaterländischen Erde dürfe von jetzt ab mehr an Fremde gegeben werden. Dafür müßten alle Ottomanen einstehen und nötigenfalls Gut und Blut für diesen Zweck opfern. In dieser Hinsicht sei auch besonders wichtig die Schaffung einer türkischen Flotte, da die vorhandene in keiner Weise genüge. In den europäischen Staaten habe man zu diesem Zwecke Vereine gegründet und diesem Beispiel sei man in Konstantinopel nun auch gefolgt und habe einen solchen Verein, einen Flottenverein, gegründet. Er fordere auf, hier dasselbe zu tun. Wenn jeder Ottomane mindestens 1 Piaster im Monat (mehr zu zahlen, sei auch gestattet) für die Flotte zahle, so könne damit schon etwas erreicht werden. Man müsse auf diese Weise der Finanznot des Vaterlandes etwas abzuhelpen suchen.



Während der Redner den nach seiner Meinung vorliegenden Frevel Griechenlands und die Boykottbewegung besprach, machte sich ein Bauer (Fellach) aus dem benachbarten Dorf Lifta im Hintergrund durch laute und zahlreiche Zwischenrufe bemerkbar, bis ihn der Redner einlud, seine Mitteilungen an die Versammelten von der Rednertribüne herab zu machen, was denn auch geschah. Der Fellach, der übrigens auch Mitglied des jungtürkischen Komitees sein soll, gab hauptsächlich seiner Begeisterung für einen Krieg mit Griechenland Ausdruck. Die Griechen seien 6, die Ottomanen 60 Millionen, deshalb müßten die paar Griechen für ihre Unverschämtheit gezüchtigt werden. Der Sultan möge nur befehlen; alles werde mit Freuden in den Krieg ziehen. Dieses Intermezzo benutzte der nun wieder fortfahrende Schech Musa zu einer Lobrede auf die Bauern, die im Frieden unter schwierigen Verhältnissen das dem bequem lebenden Städter unerläßliche Brot bauten und im Kriege zu den besten, mutigsten Soldaten der Welt würden. Sie seien dem gebildeten Städter ein nachahmenswertes Beispiel. Schließlich führte der Schech noch einen vielleicht 60jährigen halbblinden Greis der Menge vor, der erklärt hatte, sofort in den Krieg ziehen zu wollen, falls das Vaterland ihn brauchen sollte. Damit schloß er seinen Vortrag, dankte den Leuten für ihr zahlreiches Erscheinen und forderte sie auf, nun ruhig wieder heimzukehren.

Vorher teilte noch einer der Redner — anscheinend auf Weisung des Präsidenten des Komitees, der sich immer rechts neben den Rednern hielt und ihre Vorträge leitete — der Menge mit, daß die Boykottbewegung nur gegen die National griechen gerichtet sei, aber nicht gegen die griechischen Untertanen der Pforte und ebenso wenig gegen die unter englischem Schutze stehenden cyprischen Griechen. Die beiden letzteren würden, um nicht mit getroffen zu werden, sich dem Volke kenntlich machen durch Hissen einer türkischen bzw. englischen Flagge an ihren Lokalen. Jeder Redner forderte zu ruhiger und besonnener Durchführung des Boykotts auf und ermahnte das Volk, sich ja keine Ausschreitungen zuschulden kommen zu lassen, da solche die Lage nur verschärfen und verschlechtern würden. Die Mahnungen waren auch am Platze, da während der Ansprachen verschiedentlich heftige Zwischenrufe aus der Menge kamen. So verlangte ein Zwischenrufer die Ausweisung sämtlicher Griechen aus der Türkei. Wenn die Wogen der Begeisterung zu hoch zu gehen drohten, ließ der Komiteepäsident durch die Redner die Aufgeregten besänftigen und den Boykott immer wieder als das Einzige erklären, was vorläufig gegen die Griechen getan werden dürfe.

Der Boykott ist übrigens nicht nur als ein Abbruch des Handelsverkehrs mit Griechenland gedacht, sondern auch als Repressalie gegen die hier wohnhaften nationalgriechischen Handeltreibenden, die am Verkaufen auch nichtgriechischer Waren gehindert werden sollen.

Um 12 Uhr mittags war die Demonstration zu Ende und die Versammelten entfernten sich ruhig.

## Nr. 2

### Krause an Bethmann Hollweg

(AA Türkei 168, Band 7) N° 75.

Athen, den 16. Juni 1910

Der Boykott griechischer Schiffe in der Türkei, der etwa Anfang Juni einsetzte, ist für die hiesigen Reedereien ein schwerer Schlag, der um so mehr empfunden wird, als die allgemeine Geschäftslage in Griechenland seit einem Jahr, besonders infolge der andauernden politischen Krisen, ohnehin schon höchst unerfreulich war. Durch den Boykott ist fast jeder Personenverkehr auf griechischen Schiffen nach der Türkei verhindert und der betr. Frachtverkehr überhaupt gänzlich unterbrochen worden. Die Verluste der griechischen Dampfergesellschaften sind in dem eineinhalbmonatlichen

Zeitraum des Boykotts schon recht beträchtliche; verschiedene Gesellschaften haben einen Teil ihres Schiffspersonals entlassen müssen; einige haben ihre Dampfer aus Mangel an Geschäft in Piräus verankert, andere verwenden die bisher nach der Türkei fahrenden Schiffe im Inlandsverkehr und schaffen dadurch eine unerfreuliche Konkurrenz, die natürlich auf die Frachtpreise drücken muß.

Aus einer bei den verschiedenen Dampfschiffahrtsgesellschaften in Piräus angestellten Umfrage ergibt sich bezüglich der Folgen des antigriechischen Boykotts in der Türkei für die griechische Handelsschiffahrt folgendes Bild:

1. Die transatlantische Dampfschiffahrtsgesellschaft betreibt alle 20 Tage eine Linie von New York nach Piräus, Salonik, Constantinopel, Smyrna und Alexandrien. Während sie von Amerika besonders landwirtschaftliche Werkzeuge und Artikel nach der Türkei befördert, führt sie aus Smyrna hauptsächlich Eichen und Erze nach Amerika aus und nimmt Auswanderer aus allen Teilen des Orients auf. Die Linie hat seit Eröffnung des Boykotts ihre Fahrten eingestellt. Ihr Schaden wird bisher auf Fr. 100 000 berechnet.

2. Die Gesellschaft John MacDowall & Harbour betreibt folgende Linien nach der Türkei: a) nach Salonik, b) nach den Dardanellen und Constantinopel (Fortsetzung nach Bulgarien), c) nach Epirus, d. h. Preveza, Salahora, Santi Quaranta, Parga, Sayada. Der Betrieb der Linie unter a) ist gänzlich eingestellt, da das Boykott-Comité in Salonik unter Leitung des Ober-Hamals Kerim mit größtem Fanatismus vorgeht. Dagegen bedienen Dampfer der Gesellschaft die Linien b) und c) zwar weiter und schiffen einige wenige Passagiere in Constantinopel ein und aus; doch ist auf beiden Linien in türkischen Anlaufhäfen nicht das geringste Frachtgeschäft zu machen. Besonders schwer getroffen wird durch den Boykott in Salonik der Transport der von Serbien kommenden Viehsendungen, die bisher, nach erfolgter Umladung in Piräus, nach Alexandrien, Genua und Brindisi weiterbefördert wurden. Der Boykott in Epirus verhinderte die Gesellschaft, die ihr von der Johnston Line in Corfu zugeführten Frachten für die epirotischen Küstenplätze zu übernehmen. Die Gesellschaft bewertet ihren bisherigen Schaden aus dem Boykott auf 500 000 Dr.

3. Die Panhellenios-Gesellschaft unterhält eine Linie nach Chios, Smyrna, Mitylene, Dardanellen, Constantinopel, Amisso, Ordou, Kerasunt, Trapezunt, deren Betrieb seit dem 12. Mai (a. St.) eingestellt ist. Da die Linie nach dem Schwarzen Meer mit der Linie nach Triest in Korrespondenz steht, indem die von der Türkei gebrachten Ladungen nach Triest umgeladen werden, ist auch die Linie nach dem letztgenannten Hafen ohne wesentliches Erträgnis und die Gesellschaft, welche gegenwärtig 4 Dampfer in Piräus untätig vor Anker liegen hat, beziffert ihren Schaden bis Ende Juni a. St. auf 300 000 Dr.

4. Die Gesellschaft Gudi unterhält eine wöchentlich betriebene Linie nach Salonik, von wo sie ihre Fahrten nach Kreta fortsetzte. In Piräus nahm sie in letzter Zeit besonders große Frachten von Zement, lud in Salonik für Kreta besonders Vieh und brachte aus der Türkei außerdem viel Cerealien nach Griechenland. Seit dem 22. Mai a. St. hat sie keine weiteren Fahrten nach Salonik unternommen und beziffert ihren Schaden auf 12 000 Dr.

5. Die Gesellschaft Diabaki betreibt folgende Linien: a) nach Salonik, Schaden in einem Monat 12 000 Dr.; b) nach Samos, Neu-Ephesos (Scalanova), Leros, Kalymnos, Kos, Syme, Rhodos, Chalki, Karpathos und Kassos, Schaden in einem Monat 10 000 bzw. 22 000 Dr., nicht gerechnet die Einnahmen aus den Umladungen für verschiedene Plätze des Orients.

6. Die Gesellschaft Kykladiki, welche ihre Fahrten a) nach Preveza gänzlich eingestellt hat, b) nach Varna jetzt ohne Berührung von Constantinopel fortsetzt, beziffert ihren Schaden in dem einen Monat auf 20 000 Dr.

7. Die Nationale Dampfschiffahrtsgesellschaft (Anglo Hellenic Steamship Co.) betreibt eine Linie nach Holland und England; ihre Schiffe berühren auf der Rückreise

Salonik, Smyrna und Constantinopel und fahren dann nach den Donauhäfen weiter. Durch den Boykott sah sie sich veranlaßt, vor 14 Tagen ihre Fahrten nach der Türkei einzustellen und berechnet ihren Verlust, unter Zugrundelegung eines durchschnittlichen Gewinns von 7—8000 frcs. pro Reise bisher auf circa 25 000 frcs. Die letzte Fracht von 700 To. wurde mit dem bulgarischen Dampfer nach der Türkei befördert.

8. Die Gesellschaft Hermopolis (4 Dampfer) verlor infolge der Einstellung ihrer Fahrten nach Salonik innerhalb eines Monats 10 000 Dr.

9. Die Gesellschaft Achaiki betreibt mit 2 Dampfern eine Linie nach Salonik, von wo sie besonders türkischen Tabak als Fracht nimmt und durch Vermittlung von Austro-Americana nach Amerika weiter gehen läßt. Da die Direktion ihren Sitz in Patras hat, ist eine Angabe über den bisher gehaltenen Schaden hier nicht erhältlich.

10. Die Gesellschaft Destuni-Jannulato (Sitz in Constantinopel) hat nach allgemeiner Angabe die größten Verluste aus dem Boykott zu verzeichnen. Die Gesellschaft betreibt folgende Linien in der Türkei: a) nach Mitylene, Aivali, Edremit, Petra, Dardanellen, Constantinopel, b) nach Preveza, Parga, Sayada, Santi Quaranta, Valona, Durazzo, Medua. Da die kleinasiatische und epirotische Küstenschiffahrt trotz Annahme der amerikanischen Flagge fast gänzlich unterbrochen ist, liegen 3 ihrer Schiffe untätig in Piräus und andere machen der einheimischen Reederei im Verkehr zwischen griechischen Häfen Konkurrenz. Die Verluste der Gesellschaft sind hier nicht zu ermitteln.

Schließlich ist noch die große Menge von Segelbooten (Kaiks) zu erwähnen, die von allen möglichen Punkten der Türkei, wo meistens keine Dampfer anlaufen, Ladung nach Griechenland nehmen und hauptsächlich das Schmuggelgeschäft zwischen beiden Ländern vermitteln. Über ihre eventuellen Verluste, die bei der erwähnten Eigenart dieser Schiffe nicht allzu bedeutend sein dürften, ist natürlich eine auch nur annähernde Ziffer nicht erhältlich.

Alles in Allem dürfte der Verlust der Griechischen Reederei aus dem bereits eineinhalb Monat andauernden antigriechischen Boykott in der Türkei mit 2 Millionen Dr. nicht zu hoch angesetzt sein. Auch die hiesigen Banken klagen über den ihnen durch den Boykott verursachten Schaden. Den größten Verlust erleidet die Banque d'Athènes, das erste finanzielle Institut Griechenlands, welches an den bedeutenderen türkischen Handelsplätzen wie Smyrna, Salonik, Serres, Cavalla, Xanti Filialen unterhält. Da auch französisches Kapital an dieser Bank beteiligt ist, haben die genannten türkischen Filialen die französische Flagge gehißt.

### Nr. 3

#### Wangenheim an Bethmann Hollweg

(AA Türkei 168, Band 8) N° 40.

Athen, den 31. Mai 1911

Die Haltung Griechenlands der Türkei gegenüber hat sich seit dem Ausbruch der griechischen Militärrevolution wesentlich geändert. Die Ursache dieser Erscheinung ist der Einfluß, welchen Venizelos als Leiter der Geschicke Griechenlands auf die hiesige öffentliche Meinung allmählich gewonnen hat. Venizelos vertritt bekanntlich die Ansicht, daß Griechenland auf eine ernstliche Unterstützung seiner in der Türkei liegenden Interessen durch die Großmächte nicht mehr rechnen könne und sich deshalb die militärische Kraft aneignen müsse, um später zu dem geeigneten Momente allein oder in Verbindung mit anderen Balkanländern den Kampf mit der Türkei aufnehmen zu können. Venizelos hat das Volk überzeugt, daß Griechenland zur Durchführung dieser Pläne einiger Jahre vollkommener Ruhe im Innern und nach außen bedürfe und daß inzwischen jede Provokation der Türkei vermieden werden müsse. Daß der

kluge Kreter selbst an die Möglichkeit späterer kriegerischer Erfolge gegen die Türkei glaubt, bezweifle ich. Er braucht die Ruhe hauptsächlich, um seine eigene Stellung in Griechenland konsolidieren zu können. Das Resultat seiner Politik ist aber jedenfalls, daß die früher üblichen griechischen Beschwerden über die Türkei sich beträchtlich vermindert haben, daß die amtlichen griechischen Organe jetzt eine bescheidene, ja fast demütige Sprache gegenüber der Türkei führen und daß die antitürkischen Straßendemonstrationen in Athen und die maßlosen Angriffe der griechischen Presse gegen das Jungtürkentum fast gänzlich aufgehört haben.

Je korrekter aber Griechenland sich verhält, um so feindseliger wird die Türkei. Der Boykott griechischer Waren und Erzeugnisse verschärft sich trotz der Vorstellungen, welche die Mächte dagegen erhoben haben. Ja, wie hier nicht nur Griechen, sondern Franzosen, Engländer und Österreicher behaupten, vollzieht sich der Boykott an einigen Plätzen, wie zum Beispiel Smyrna, unter direkter Begünstigung seitens der türkischen Behörden.

Auch die Haltung der türkischen Regierung gegenüber der hiesigen wird täglich aggressiver. So ist der türkische Geschäftsträger auf den schon vor Monaten beigelegten letzten Grenzzwischenfall, bei welchem zwei türkische Soldaten getötet worden waren, vor einigen Tagen mit der Behauptung zurückgekommen, daß in den beiden Leichen Schrotkörner gefunden worden seien, die auf eine Ermordung der Soldaten durch griechische Banden hindeuteten. Gleichzeitig hat Halil Bey hier mitteilen müssen, daß, wenn die griechische Regierung die von der Türkei verlangte schriftliche Aufklärung über die für Thessalien geplante Agrargesetzgebung nicht binnen kürzester Frist erteile und wenn diese Aufklärung die Türkei nicht befriedige, Letztere die Kündigung aller zwischen ihr und Griechenland bestehenden Verträge ins Auge fassen werde. Die griechische Regierung kann eine präzise Antwort hierauf nicht geben, da sie sich über die zu erlassenden Gesetze überhaupt noch nicht schlüssig geworden ist.

Durch solche und ähnliche Vorgänge, zu denen sich auch noch die antigriechischen Meetings in Salonik und anderen mazedonischen Plätzen gesellen, wird hier der Eindruck hervorgebracht, als ob die Türkei nach einem Anlasse suche, um mit Griechenland zu brechen. Die Griechen besorgen, daß die Türkei über sie herfallen wolle, noch bevor die griechischen Rüstungen vollendet seien. Diese Ansicht beruht offenbar auf Selbstüberschätzung. Gerüstet oder ungerüstet ist Griechenland für die Türkei, besonders bei den Fortschritten, welche die türkische Armee seit 1897 gemacht hat, kein ernst zu nehmender Gegner. Der Erfolg der türkischen Waffen wird nicht von der Zahl, Ausbildung und Bewaffnung der griechischen Streiter, sondern von der Masse der Unterstützung abhängen, welche andere Balkanvölker direkt oder indirekt Griechenland gewähren würden.

Die Gründe der türkischen Feindseligkeiten müssen daher auf einem anderen Gebiete gesucht werden. Sie dürften aus der Stimmung hervorgegangen sein, welche unter den Jungtürken Platz griff, als sie kurz nach Antritt ihrer Herrschaft die bekannten Beschneidungen des türkischen Staatsgebiets nicht zu verhindern vermochten. Der durch den Verlust Bosniens und Ostrumeliens wachgerufene türkische Chauvinismus suchte nach einem Weg ins Freie und wandte sich naturgemäß der Kretafrage zu. Kreta konnte für die Türkei noch gerettet werden. Denn dieses wurde von dem schwachen Griechenland begehrt, hinter welchem nicht wie hinter Bulgarien eine Großmacht, sondern ein Konzert von Mächten stand, die unter sich nicht einig waren. Die Kretafrage wurde demgemäß zu einer nationalen türkischen Angelegenheit erklärt. Dadurch wurde der Gegensatz zu Griechenland verschärft, welches seinerseits die Vereinigung mit Kreta als ein nationales Ziel betrachtete. Seitdem ist die Erhaltung Kretas zu einem der wenigen konkreten Ziele der auswärtigen türkischen Politik geworden, das einzige, bei dessen Verfolgung der jungen Türkei tatsächlich Erfolge beschieden gewesen sind. Der Gedanke Kreta und der damit verbundene Haß gegen Griechenland haben dementsprechend in der Phantasie der türkischen Muhamedaner immer tiefere

Wurzeln geschlagen. Jede türkische Regierung kann heute auf die unbedingte Zustimmung der Muselmanen rechnen, wenn sie irgend eine neue Forderung wegen Kreta aufstellt oder feindselige Maßnahmen gegen Griechenland ergreift. Sie befindet sich sogar in der Lage, jedesmal, wenn sie an irgend einem anderen Punkte des Reiches fremden Forderungen nachgeben oder zugefügte Kränkungen einstecken muß, sich die schwindende Popularität durch einen Vorstoß in der Kretafrage oder eine Provokation Griechenlands wiederherzustellen. Gerade die jüngsten Vorgänge, die Koinzidenz des türkischen Vorgehens in der Kadifrage und der hiesigen energischen Demarchen des türkischen Geschäftsträgers mit den Ereignissen an der montenegrinischen Grenze, an welche sich dann die russische Note angeschlossen hat, beweisen, daß Griechenland jetzt zum Prügelknaben für alle échecs oder ausgebliebenen Erfolge der Türkei dritten Mächten gegenüber geworden ist.

Nun kulminiert die türkische Grecophobie immer in denjenigen Momenten, wo die Spannung zwischen der Türkei und anderen Mächten einen gewissen Höhepunkt erreicht hat und wo ein türkischer Angriff auf Griechenland am wenigsten aussichtsvoll und am wenigsten wahrscheinlich ist. Gerade in solchen Momenten haben Griechenland und die Schutzmächte eigentlich am wenigsten Anlaß, sich durch türkische Provokationen nervös machen zu lassen. Trotzdem birgt das Spiel der Türkei mit der Kretafrage und dem Griechenhasse eine Gefahr in sich. Die Staatsleitung könnte eines Tages durch eine Volksbewegung debordiert werden.

#### Nr. 4

#### Quadt an Bethmann Hollweg

(AA Türkei 168, Band 8) Auszug

Athen, den 5. Oktober 1912

...Auch in manch anderer Beziehung stellt sich jetzt heraus, daß von der Regierung den Eventualitäten eines Krieges nur mangelhaft Rechnung getragen ist, wie denn überhaupt nach Ansicht Sachverständiger die griechische Armee sich in einem alles andere als kriegsbereiten Zustande befindet. So fehlt es z. B. an genügenden Feldtelegraphen und Telephonapparaten und es sind von der Postverwaltung 53 Telegraphenämter geschlossen worden, um die entsprechenden Apparate der Armee zur Verfügung zu stellen. Für die Kavallerie sind nicht genügend Pferde vorhanden und für die vorhandenen Pferde unzureichende Futtermittel. In dieser Hinsicht wird sich jetzt die Beschlagnahme der Dampfer in den Dardanellen doppelt fühlbar machen. Auch das jetzt für den Train requirierte Pferdmaterial besteht zum großen Teil aus Tieren, die man kaum noch als Pferde bezeichnen kann. Auf der anderen Seite muß man der Regierung insoweit gerecht werden, als sie in bezug auf Truppentransporte in den letzten Tagen trotz der äußerst ungünstigen Transportbedingungen geradezu Erstaunliches geleistet hat. Für den Transport nach Thessalien kommen von Athen aus lediglich die eingleisige Piräus-Larissabahn sowie die Dampferlinie Piräus bzw. Chalkis-Volo in Frage. Dazu ist zu bemerken, daß die in Athen endigende Peloponnesbahn nicht dieselbe Spurweite wie die Larissabahn hat; es müssen daher alle Transporte der Peloponnesbahn in Athen auf die andere Bahnlinie umgeladen werden. Trotzdem hat man ermöglicht, in der letzten Woche etwas mehr als 40 000 Mann nach Thessalien zu schaffen, so daß sich dort gegenwärtig, unter Berücksichtigung der Garnisonen in Larissa, Trikala und Kalabaka, etwa 60 000 Mann befinden. Allein die Larissabahn befördert pro Tag etwa 3—4000 Mann. Die Dampferlinie Volo hat zur Zeit nur kleine Dampfer zur Verfügung, so daß die mit den Dampfern abgehenden Truppentransporte nicht allzu bedeutend sind. 3 große griechische Überseedampfer sind augenblicklich

unterwegs. Wie ich höre, haben 2 von ihnen in Nordamerika 8000 Griechen sowie eine größere Anzahl Bulgaren an Bord genommen, die am Kriege teilnehmen wollen.

Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen, Höchstwelcher übrigens erst nach Rückkehr Seiner Majestät des Königs Anfang nächster Woche nach Thessalien abzureisen gedenkt, ist durch Königliches Dekret das Oberkommando über die Landarmee übertragen worden. Ihre Königlichen Hoheiten die Prinzen Nikolaus, Andreas und Christophorus werden, wie verlautet, in die Armee wieder eintreten. Die diesem Eintritt entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen sollen durch die Mitte nächster Woche zusammentretende Kammer aufgehoben werden. Zum Chef des Generalstabes ist General Danglis ernannt worden; zum Kommandierenden der Armee von Epirus der General Sapountzakis. Divisionskommandeure sind die Generäle Kleomenous, Moschopoulos, Manousoyanakis, Damianos, Lapathiotis, Yenisserlis und Kalaris. Von den genannten Generälen gelten als tüchtig der General Danglis, der als Erfinder des griechischen Gebirgsartilleriegeschützes bekannt geworden ist, ferner die Generäle Manousoyanakis und Damianos. Die griechischen Offiziere sind ja der schwächste Punkt der Armee und ermangeln vor allen Dingen, wie Sachverständige behaupten, genügender Initiative. Das Mannschaftsmaterial soll zum großen Teil gut sein. Einen wertvollen Zuwachs erhält das griechische Offizierskorps möglicherweise in dem bisher der französischen Militärmission angehörigen, als sehr tüchtig bekannten Obersten Bordeaux, welcher aus der französischen Armee ausgeschieden ist und sich der griechischen Regierung zur Verfügung gestellt hat. Der Sanitätsdienst ist verhältnismäßig gut organisiert. Ihre Königliche Hoheit die Frau Kronprinzessin teilte mir gestern mit, sie habe 30 deutsche Krankenschwestern erbeten. Das Oberkommando über die Flotte hat Admiral Kunduriotis übernommen. Die griechische Regierung hat von einer englischen Werft 4 Torpedobootzerstörer gekauft; ferner ist heute das neue Unterseeboot ‚Delphin‘ in Piräus eingetroffen.

Was die Aussichten für Griechenland im Falle eines Krieges mit der Türkei betrifft, so sind diese, wie begreiflich, nicht gerade als rosig zu bezeichnen. Wie ich von türkischer Seite erfahre, beabsichtigt man zunächst nicht zum Angriff vorzugehen, sondern in den geradezu hervorragenden Gebirgspositionen der griechisch-türkischen Grenze nördlich von Larissa...der Dinge zu warten, die da kommen sollen. Die genannten Positionen...werden der griechischen Armee gegebenenfalls viel zu schaffen machen. Sind schon die Aussichten Griechenlands für den Zusammenstoß mit dem äußeren Feind recht ungünstige, so gilt dies in erhöhtem Maße vom inneren Feind, mit dem Griechenland nach dem Kriege im Falle eines Mißerfolgs rechnen muß. In dieser Hinsicht hörte ich letzthin häufiger das unangenehme Wort ‚Revolution‘ äußern und ich möchte nach dem, was ich bisher von der griechischen Nation gehört und gesehen habe, glauben, daß derartige Äußerungen nicht ganz ungerechtfertigt sind. Von Kriegsenthusiasmus ist hier im allgemeinen recht wenig zu merken.

## Nr. 5

### Morgan an Mallet

(FO 1996) Auszug

Salonica, 29th of April 1914

“ . . . Coming now to the causes of the expulsion of Christians from Thrace, one may safely conclude that it was decided by the Committee of Union and Progress, actuated by a variety of motives. The Committee has long ago abandoned the theory of equal treatment for all elements in the Empire. It works for the Turkish element alone. Its efforts are directed towards the consolidation and favouring of that element and its strengthening, either by the encouragement of the immigration of Moslems into Turkey

from abroad or by the reduction of the number of Christians within the Empire. By expelling Greeks from Thrace it ensures Moslem preponderance in the present Turkey-in-Europe, and at the same time makes room for the thousands of Moslem refugees who have been steadily pouring into Turkey during the past 18 months. It frees European Turkey from a disloyal element, for the allegiance of the Christian subjects of the Porte is vowed to foreign sovereigns, and establishes between Constantinople and the Turco-Bulgarian frontier a thoroughly homogeneous population spiritually and temporally bound to the Caliph.

The Committee is further actuated by motives of vengeance. For nearly two years the exodus of Moslems from Turkey's lost territories has continued. Some of these have left from reluctance to accept Christian rule, others from loss of fortune and inability to find employment. Many again as a result of fierce persecution of the Moslem by the Christian. But the greater number, and of these many from Greek Macedonia, have departed on account of the petty and continual annoyances to which they are subjected by their Christian neighbours. For months past the Turkish Consul-General here has been bringing to the notice of the authorities instances of unjust treatment of the Moslem population by the Christian. In one village the Moslem cultivators will be forbidden by their Christian neighbours to leave the village to go and work in the fields. In another daily requisitions of food without payment will be made by passing patrols of gendarmes or soldiers. In yet another, Christian refugees will be lodged with Moslem families. In another, fear will be sown in the minds of the villagers by the dissemination of tales of impending attacks of Bulgarian Comitajis. The authorities paid no heed to the Turkish Consul's complaints and made no effort to check the Christian zeal of the non-Moslem element. As a result the Moslems are gradually deserting their homes and moving away from under the Christian yoke. While the Greek Government proclaims that it does not encourage this emigration of Moslems, it can hardly be acquitted of some guilt in the matter, from the fact that it does nothing to check (if it does not inspire) the persecution of Moslems by Christians.

The reports of the Turkish Consul-General and the tales of the Moslem refugees will have convinced the Turkish Government that the Moslem migration is virtually an expulsion aggravated by ill-treatment. The Committee may have agents in Macedonia inviting Moslems to leave. One such was arrested in Langaza last week. But apart from this the Committee and therefore the Turkish Government has in its hands evidence sufficient, for those wishing to be convinced, to prove that Moslem emigration from Greek Macedonia into Turkey is due rather to Moslem sufferings at the hands of Christians than to an unaccountable aversion on the part of Moslems from living under a kindly and enlightened Christian rule. Hence the persecution of Greeks in Turkey and hence their expulsion from Thrace.

The sufferings of the Greek refugees and the acts of which they complain are not unparalleled. If Greeks have been expelled from Turkey and Bulgaria, Bulgars and Turks have been driven out of Greece. If Greek emigrants are robbed by Turks and Armenians while leaving the country, Bulgarian soldiers and civilians were robbed by Greeks while on their way to Athens. Each Balkan people is, within its own boundaries, persecuting the adherents of its neighbours, and each is endeavouring to obtain its own justification before the world, the sympathy of Europe for itself and European condemnation of its neighbours, by loudly calling attention to its neighbours' acts and by concealing its own. Threats of war and announcements of strained relations between States are as effective as any other means in drawing attention to one's neighbour's misdeeds. If blame is to be apportioned among the Balkan States, the Turkish Government seems in the present instance to be more entitled to it than Greece, from the fact that it expels the Greeks en masse, at short notice, and scarcely veils its complicity in this measure of injustice. It seems to have committed itself somewhat more deeply than its rivals, the Christian States.

In the meantime, thousands of unfortunate Greeks, Bulgarians und Turks, victims of these manoeuvres, are suffering, deprived of their homes and their possessions, and are looking forward with dread to an existence of misery and want. That any Balkan government will check emigration is hardly to be anticipated. The Turkish Government views with complacency the arrival of Moslems from Macedonia and hastens to expel Greeks to make room for them. The recent expulsion of over 80 Bulgarian families from Karasouli near Salonica to make room for Greek immigrants shows that Greece, after filling up evacuated Moslem and Bulgarian villages with Greek immigrants whom it welcomes, is beginning to follow Turkey's example.